



Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres,
ländliche Räume,
Integration und Gleichstellung

Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein

Kiel, 19. Juni 2020

Referat IV 30

Kommunale Finanzen, Kommunalen Finanzausgleich, Sparkassenwesen
im Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung
des Landes Schleswig-Holstein

Inhaltsverzeichnis

1. Rahmenbedingungen	4
1.1 Aktuelle Situation.....	4
1.2 Rückblick auf die Entwicklung 2008-2018	6
1.3 Ausblick	7
2. Kommunale Finanzsituation im Vergleich.....	9
3. Bewertung der kommunalen Finanzsituation in Schleswig-Holstein anhand weiterer Kennzahlen.....	13
3.1 Aufgelaufene Defizite	15
3.2 Eigenkapital	16
3.3 Pensionsrückstellungen.....	17
3.4 Kreisumlagesätze	17
3.5 Umsetzungsquoten	18
4. Zusammenfassung	18
5. Anlagenverzeichnis	21

1. Rahmenbedingungen

Die Finanzsituation der Kommunen wird wie die Situation aller öffentlichen Haushalte wesentlich von der konjunkturellen Entwicklung bestimmt. So fließen bei guter Konjunktur höhere Steuereinnahmen in die öffentlichen Kassen, während gleichzeitig geringere soziale Transferleistungen aufzubringen sind. Zur Einschätzung der konjunkturellen Lage wird regelmäßig das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogen.

Daneben beeinflussen besondere Maßnahmen und Entwicklungen – wie beispielsweise (Steuer-)Rechtsänderungen, Konjunkturprogramme, aber auch unvorhersehbare Ereignisse wie beispielsweise eine Pandemie – unmittelbar die Lage der öffentlichen Haushalte.

1.1 Aktuelle Situation

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie beschäftigen nach wie vor das gesamte Land. Um das Leben und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, haben der Bund und die Länder, wie viele andere Staaten auch, erhebliche Einschränkungen erlassen müssen. Alle staatlichen Ebenen sind stark von der Corona-Pandemie betroffen und dadurch mit erheblichen Belastungen konfrontiert. Sie stehen in der Bewältigung der Auswirkungen der Krise vor besonderen Herausforderungen. Da das weitere Szenario der Bekämpfung der Corona-Pandemie derzeit weiterhin sehr ungewiss ist, ebenso die Länge und Intensität der Beschränkungen und Eindämmungsmaßnahmen, lässt sich auch das Ausmaß der jeweiligen Betroffenheit der staatlichen Ebenen seriös noch nicht abschätzen.

Die Bundesregierung hat bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, um Unternehmen und Beschäftigung in diesen schwierigen Zeiten zu sichern – mit dem Ausbau der Kurzarbeit, mit erheblichen Kreditlinien für Firmen und Betriebe, mit Zuschüssen für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen sowie durch die Stundung von Steuerzahlungen. All diese Maßnahmen waren wichtig und richtig, all diese Maßnahmen wirken sich auch auf die (Steuer-)Einnahmen des Staates aus.

Der Koalitionsausschuss auf Bundesebene hat sich am 3. Juni 2020 im Rahmen des Konjunkturpaketes auch bereits auf eine Stärkung der Länder und Kommunen verständigt. Das Paket beinhaltet zahlreiche Maßnahmen, die zu einer finanziellen Entlastung der Kommunen in Schleswig-Holstein führen. Hier sind vor allem der von 50 % auf 75 % anwachsende Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft (KdU) zu nennen, wodurch dauerhaft jährlich ca. 130 Mio. Euro an die Kommunen in Schleswig-Holstein fließen. Schleswig-Holstein hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach gegenüber dem Bund für eine Erhöhung des Bundesanteils an den KdU eingesetzt. Zudem wird der Bund die Steuerausfälle aus der vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 befristeten Mehrwertsteuerabsenkung alleine tragen. Dies entlastet die Kommunen ebenso wie das Land. Hinzu kommt der pauschalierte Ausgleich krisenbedingter Ausfälle der gemeindlichen Gewerbesteuererinnahmen, welcher zur Hälfte von den Ländern getragen werden soll. Dies führt zu einer deutlichen Entlastung der Kommunen, wird jedoch für das Land eine deutliche Belastung werden. Daneben werden zahlreiche weitere Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket zu einer – teilweise auch mittelbaren - finanziellen Entlastung der Kommunen führen.

Die Kommunen in Schleswig-Holstein partizipieren darüber hinaus insbesondere als Träger verschiedener Ausgliederungen bereits von beschlossenen Corona-Maßnahmen der Landesregierung (auch wenn diese nicht ausschließlich Kommunen im Blick haben). Exemplarisch werden folgende Maßnahmen aufgeführt:

- 80 Millionen Euro Zuschussprogramme für Kultur-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen sowie Einrichtungen des Natur- und Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung, Einrichtungen der Minderheiten und Volksgruppen, Sport sowie Digitalisierungsprojekte
- 75 Millionen Euro für die Kommunen zur Kompensation des Ausfalls der Einnahmen durch die Kita-Beiträge für drei Monate (einige Kommunen sahen in den vertraglichen Bestimmungen ohnehin keine Weiterzahlungspflicht der Eltern bei den aktuellen Rahmenbedingungen vor, so dass nicht nur Eltern entlastet werden)
- 30 Millionen Euro für die Kompensation an die Träger für den Ausfall der Einnahmen aus Beiträgen für die offene Ganztagsbetreuung an Schulen für drei Monate (einige Kommunen sahen in den vertraglichen Bestimmungen ohnehin keine Weiterzahlungspflicht der Eltern bei den aktuellen Rahmenbedingungen vor, so dass nicht nur Eltern entlastet werden).

Die von allen staatlichen Ebenen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des neuen Coronavirus SARS-CoV-2 können auch für die kommunale Haushaltswirtschaft Unsicherheiten und zusätzliche Herausforderungen bedeuten. Wie die Maßnahmen sich auf die kommunale Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken werden, kann aktuell noch nicht abschließend eingeschätzt werden. Unbeschadet dessen bietet das Kommunalhaushaltsrecht in Schleswig-Holstein den Kommunen eine wichtige Grundlage, die Herausforderungen gut bewältigen zu können. Denn die Normen sind vielfach flexibel ausgestaltet, um unabwendbaren besonderen Bedarfen Rechnung tragen zu können.

Kommunalhaushaltsrechtlich hat die Landesregierung bereits wie folgt reagiert:

- Auf der Internetseite der Landesregierung zum Thema „Coronavirus“ wurden bereits in den ersten Wochen der Pandemie Antworten und Hinweise auf die dringendsten kommunalhaushaltsrechtlichen Fragestellungen als FAQ eingestellt.
- Mit Runderlass vom 30. März 2020 wurden unterstützende und erleichternde Regelungen sowie Hinweise für Kommunen und Kommunalaufsichtsbehörden herausgegeben. Auf Kürzungen im Rahmen von Nachtragshaushalten der Kommunen bezüglich der Finanzierung von notwendigen investiven Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Epidemie werden die zuständigen Aufsichtsbehörden in Schleswig-Holstein in diesem Jahr ausdrücklich verzichten. Auch können bei Nachtragshaushalten Kommunen bei nicht gegebener dauernder Leistungsfähigkeit derzeit auf die Darstellung von Konsolidierungsanstrengungen verzichten. Damit können Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung vorläufig zurückgestellt werden. Ferner werden Hinweise über FAQ gegeben, wie Kommunen haushaltsrechtlich mit der aktuellen Situation umgehen können. Diese werden bei Bedarf fortgeschrieben.
- Mit Runderlass vom 18. Mai 2020 dürfen Kommunen unter den dort bestimmten Voraussetzungen ausnahmsweise Bürgschaftserklärungen auch für Kassenkredite ihrer Unternehmen und Einrichtungen abgeben. Damit wurden Kommunen in die Lage ver-

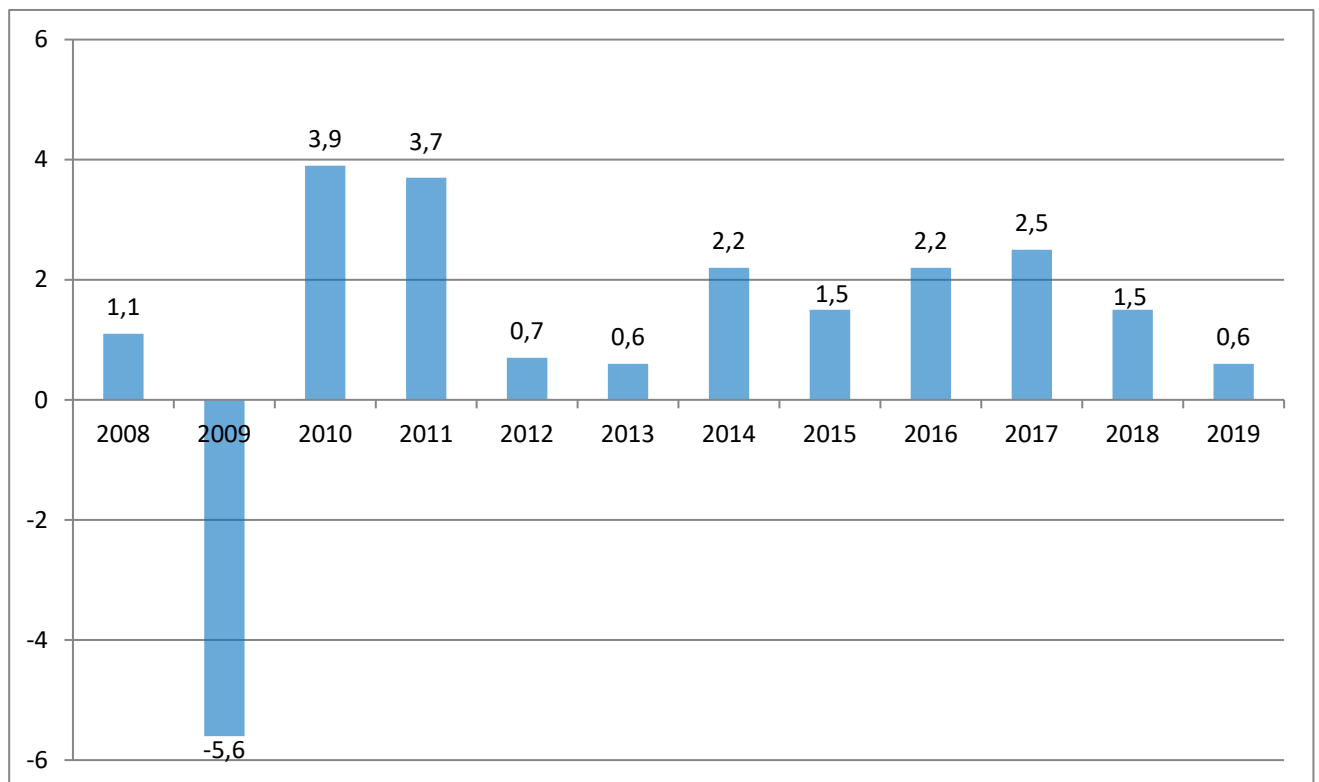
setzt, kurzfristig die Liquiditätsversorgung ihrer ausgegliederten, rechtlich selbstständigen Aufgabenträger sicherzustellen sowie mittel- bis langfristig notwendige Maßnahmen vorzubereiten und umzusetzen.

Das Land unterstützt die Kommunen in einem der jeweils aktuellen Situation angemessenen Umfang. Eine Vereinbarung über eine faire Lastenverteilung zwischen Land und Kommunen ist aktuell ein Thema, über das sich beide Seiten intensiv austauschen.

1.2 Rückblick auf die Entwicklung 2008-2018

2008 und 2009 beeinträchtigten die heftigen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise die Finanzsituation der Kommunen. Das BIP brach im Zuge der Krise massiv ein. Der Staat setzte als Reaktion hierauf verschiedene Konjunkturprogramme auf, so dass sich auch ab 2012 eine Entspannung der Finanzsituation abzeichnete.

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Vorjahr in %¹



Seit **2014** zeigte sich ein **robustes Wirtschaftswachstum**, was sich schließlich auch in den öffentlichen Haushalten positiv bemerkbar macht. Ab **2018** hat der seit Jahren anhaltende **Aufschwung zuletzt an Dynamik eingebüßt** und hat **2019** weiter an **Schwung verloren**. Nachfrageseitig geht dies vor allem auf eine deutlich schwächere Exportnachfrage aus wichtigen Absatzmärkten zurück. Angebotsseitig spielen die in einigen Branchen erreichten Kapazitätsgrenzen und bestehenden Arbeitskräfteengpässe eine Rolle.

¹ 2008-2019: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.4, Tabellenteil 2.1.1, 2019.

Seit 2011 kamen und kommen den kommunalen Haushalten zahlreiche Maßnahmen des Bundes und des Landes zu Gute. So erfolgte zuletzt Anfang 2018 eine Verständigung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden auf ein millionenschweres Paket zur Entlastung von Städten, Kreisen und Gemeinden. Das Land ist sich seiner Verantwortung für die Kommunen bewusst und hat auch mit der Nachschiebeliste zum Haushalt 2020 deutliche Zeichen gesetzt. Der Integrationsfestbetrag wurde um zusätzliche 4 Mio. Euro auf 9 Mio. Euro angehoben. Das Programm „Ehrenamt und Flüchtlinge“ wurde mit 1 Mio. Euro fortgesetzt. Weitere 20 Mio. Euro stellt das Land den Kommunen für die Kompensation der Auswirkungen des Systemwechsels im Bereich der Sozialhilfe zur Verfügung. Die kommunale Finanzentwicklung der letzten Jahre, auf die in diesem Bericht noch näher eingegangen wird, zeigt, dass die Maßnahmen auch gegriffen haben.

1.3 Ausblick

Die Auswirkungen und die Dauer der Corona-Pandemie sind derzeit noch völlig offen. Dies macht sich auch im Ergebnis der Steuerschätzer auf zweierlei Weise bemerkbar. Zum einen sinken die Steuereinnahmen durch Gewinneinbußen, Umsatzrückgang und Kurzarbeit in diesem Jahr erheblich. Teile des Rückgangs für 2020 sind darauf zurückzuführen, dass der Bund großzügige Regelungen zu Steuerstundungen und Verlustrücktrag eröffnet hat. Diese Maßnahmen werden sich in den Folgejahren aber positiv auswirken, denn die zusätzliche Liquidität vieler Unternehmen sicherte ihren Fortbestand und damit Steuereinnahmen. Zum anderen muss dem ungewissen Ausgang und die Dauer der Pandemie sowie deren weltweiten finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Staatseinnahmen Rechnung getragen werden. Die aktuelle **Steuerschätzung von Mai 2020 hat im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2019 bundesweit zu einer drastischen Abnahme der Einnahmeerwartungen bis 2024 geführt.** Diese Schätzung war geprägt von einer erheblichen Prognoseunsicherheit infolge der für die vorliegenden Datengrundlagen sehr frühen Phase der Auswirkungen der Corona-Krise.

Vor diesem Hintergrund hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ beschlossen, vom 8. bis 10. September 2020 eine außerplanmäßige Schätzung durchzuführen, um dann eine bessere Grundlage für die Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden zu schaffen. Insgesamt wird das Steueraufkommen deutlich unter den Schätzergebnissen von Oktober 2019 liegen.

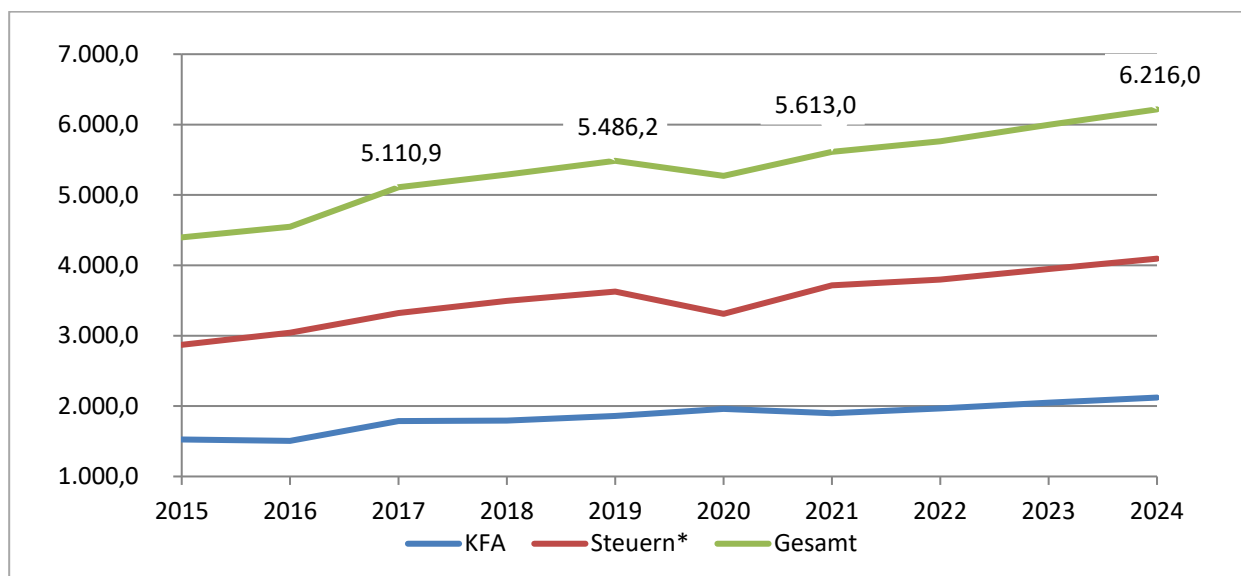
Der deutschen Wirtschaft steht aufgrund der Corona-Pandemie die schwerste Rezession seit dem Bestehen der Bundesrepublik bevor. Die Rezession der Weltwirtschaft und der Rückgang der ausländischen Nachfrage sowie Lieferkettenschwierigkeiten treffen die exportorientierte deutsche Industrie besonders hart. Die Shut-down-Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Kontakte im öffentlichen Raum belasten insbesondere kleinere Unternehmen im Dienstleistungsbereich. Vom Außenhandel gehen im Projektionszeitraum negative Impulse aus. In Anlehnung an die Prognosen internationaler Organisationen ist unterstellt, dass das Wachstum des Welthandels im laufenden Jahr einbricht. Dementsprechend werden auch die deutschen Exporte deutlich sinken.

Der Lockdown schränkt die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte vor allem im 2. Quartal 2020 stark ein. Angesichts der Corona-Krise gerät auch der Arbeitsmarkt stark unter Druck. Dabei ist die Kurzarbeit im März und April des laufenden Jahres in einem noch nie dagewesenen Ausmaß angestiegen und hat viele Entlassungen verhindert.

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ rechnet verglichen mit der Steuerschätzung vom Oktober 2019 für das Jahr 2020 mit 98,6 Milliarden Euro niedrigeren Steuereinnahmen, für 2021 wird ein Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber der letzten Schätzung um ca. 52,7 Milliarden Euro prognostiziert. Auch die Schätzungen für die Jahre 2022-2024 weisen im Vergleich zum Schätzergebnis aus Oktober 2019 deutlich geringer steigende Steueraufkommen aus.²

Für dieses Jahr wird ein überaus deutlicher Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von real -6,3 % und für das kommende Jahr 2021 ein Anstieg von 5,2 % erwartet. Auch für die Einnahmen der Kommunen wird für den Zeitraum bis zum Jahr 2024 ein drastischer Rückgang gegenüber den bisherigen Erwartungen prognostiziert. Für 2020 wird ein Rückgang von 692 Mio. Euro gegenüber den Ergebnissen der Oktober-Schätzung erwartet. Gegenüber dem Ist 2019 bedeutet dies ein Abnahme um rund 215,2 Mio. Euro. (vgl. Anlage 1). Auch in den kommenden Jahren wird mit einem Rückgang der erwarteten Einnahmen gegenüber der Oktober-Schätzung gerechnet. Gleichwohl wird das absolute Einnahmenniveau nach dieser Prognose schon im Jahr 2021 über dem Niveau des Jahres 2019 liegen und bis 2024 weiter auf 6.216,0 Mio. Euro ansteigen.

Einnahmeentwicklung der schleswig-holsteinischen Kommunen in Mio. €



* einschl. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Familienleistungsausgleich, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer und sonstige Gemeindesteuern.

Der kommunale Finanzausgleich (KFA) wird zum 1. Januar 2021 bedarfsgerecht weiterentwickelt. Damit stellt das Land sicher, dass die Kommunen über eine angemessene Finanzausstattung verfügen und ihre Aufgaben erfüllen können. Bis dahin bleiben die in Rede stehenden Regelungen weiter anwendbar.

Dazu hat die Landesregierung am 22. April 2020 einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht (vgl. LT-Drs. 19/2119, Entwurf eines Gesetzes zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs). Die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs

² Vgl. Ergebnis der 157. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ und Pressemitteilung des Bundesministeriums der Finanzen vom 14. Mai 2020

ist notwendig, da das Landesverfassungsgericht in seinen Entscheidungen vom 27. Januar 2017 das geltende System als nicht bedarfsgerecht verworfen und bis zum 1. Januar 2021 eine Neuregelung gefordert hatte. Zum 1. Januar 2021 soll das überarbeitete Finanzausgleichsgesetz in Kraft treten.

Kernthemen des Gesetzentwurfes sind:

- Aufstockung der Ausgleichsmasse bis 2024 um 69 Millionen Euro.
- 5 Millionen Euro zusätzlich für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ab 2021, die ebenfalls mit 1,8 Prozent dynamisiert werden.
- Einführung eines Kinderbonus
- Berücksichtigung bedarfstreibender Flächenlasten
- Berücksichtigung von Kosten für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen
- Neuer Vorwegabzug für Infrastrukturvorhaben und Schwimmsportstätten
- Höhere Steigerungsrate bei den Vorwegabzügen für Theater, Orchester und Bühnen
- Erhöhung der Vorwegabzüge zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
- Änderung der Aufteilung der drei Teilschlüsselmassen

2. Kommunale Finanzsituation im Vergleich

Für den Vergleich der kommunalen Finanzsituation liegen statistische Vergleichswerte anderer Bundesländer vor. Insbesondere eignet sich ein Vergleich mit den bundesdeutschen Flächenländern.

Regelmäßig statistisch ermittelt werden beispielsweise:

- Kassenkredite der Kernhaushalte (Anlage 4)
- Schulden der Kernhaushalte (Anlage 5)
- Kassenkredite und Schulden (Gesamtverschuldung) der Kernhaushalte (Anlage 6)
- Kassenkredite und Schulden (Gesamtverschuldung) der Kernhaushalte einschließlich Extrahaushalte (Anlage 7)
- Finanzvermögen einschließlich Extrahaushalte (Anlage 8)
- Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen (Anlage 9)
- Hebesätze der Realsteuern – Realsteuervergleich (Anlage 10)

Hierzu ist anzumerken: Durch die in Schleswig-Holstein bereits zweimal eröffnete Möglichkeit, Kassenkredite durch Kredite abzulösen, ist der Zusammenhang zwischen Kassenkrediten und der Höhe der nicht abgedeckten Fehlbeträge nicht mehr uneingeschränkt herstellbar.

Dies mindert den Aussagewert der einzelnen Kennzahlen Kassenkredite und Schulden. Daher sollte vorrangig auf die Gesamtverschuldung abgestellt werden.

Hinzu kommt, dass durch Ausgliederung kommunaler Einrichtungen Schulden vielfach nicht mehr in den Kernhaushalten der Kommunen, sondern in Extrahaushalten und bei sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nachgewiesen werden. Daher gewinnt eine Gesamtbetrachtung an Bedeutung.

Die Extrahaushalte bilden nach dem Schalenkonzept der Finanzstatistik zusammen mit den Kernhaushalten den „öffentlichen Gesamthaushalt“. Sie sind definiert als

- institutionelle Einheiten (Merkmal: Entscheidungsfreiheit und vollständiges Rechnungswesen)
- die von Kommunen kontrolliert werden (mehr als 50 % der Kapital- oder Stimmrechte) und
- bei denen es sich um Nichtmarktproduzenten (nicht mehr als 50 % der Produktionskosten werden durch Umsätze gedeckt) oder Hilfsbetriebe (erwirtschaften ihre Umsätze größtenteils mit dem öffentlichen Bereich) handelt.

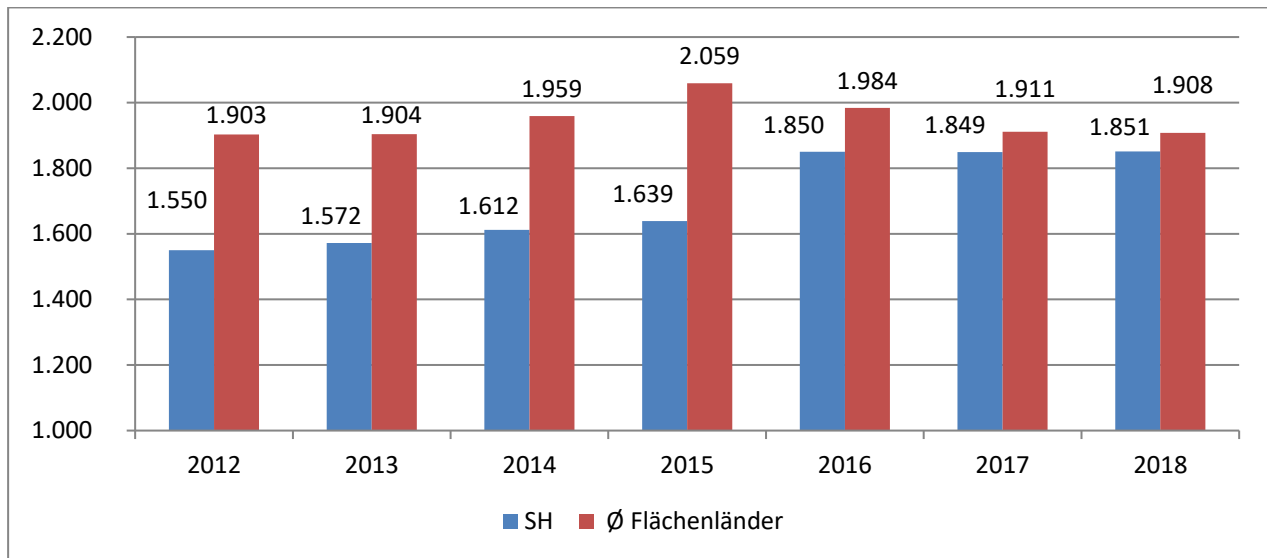
Nicht zu den Extrahaushalten zählen z. B. überwiegend Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen sowie Ver- und Entsorgungsunternehmen (Marktproduzenten).

Beeinträchtigt wird die Kennzahl Kassenkredite dadurch, dass statistisch bei der Darstellung des Schuldenstands seit 2016 die Finanzbeziehungen zwischen Ämtern und amtsangehörigen Bereich eingeflossen sind. Hierbei werden entgegen den landeshaushaltsrechtlichen Vorschriften liquide Mittel der amtsangehörigen Gemeinden bei den Ämtern statistisch als Kassenkredite ausgewiesen. Korrekt würden ohne diesen statistischen Sondereffekt die Kassenkredite und damit die Gesamtverschuldung der Kommunen in Schleswig-Holstein im Jahr 2018 um rd. 249 € pro Einwohner niedriger ausgewiesen werden.

Fazit: Die Kennzahl **Kassenkredite und Schulden (Gesamtverschuldung) der Kernhaushalte einschließlich Extrahaushalte** gibt trotz der o. g. Beeinträchtigung ein umfassenderes Bild über die Finanzsituation der Kommunen, als es die begrenzte Betrachtung der Kernhaushalte bzw. der einzelnen Kennzahlen Kassenkredite oder Schulden erlaubt. Diese Kennzahl ist detailliert in der Anlage 7 dargestellt und wird im Folgenden betrachtet:

Die kommunale Gesamtverschuldung je Einwohner ist in Schleswig-Holstein erfreulicherweise weiterhin vergleichsweise niedrig. So belief sich 2018 die kommunale Gesamtverschuldung in Schleswig-Holstein auf 1.851 € pro Einwohner. Die durchschnittliche kommunale Gesamtverschuldung aller Flächenländer lag dagegen bei 1.908 € pro Einwohner. Die geringe Veränderung in Schleswig-Holstein entgegen dem Bundestrend ist im Wesentlichen auf die oben dargestellte Beeinträchtigung durch statistische Kassenkredite zurückzuführen.

Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich Extrahaushalte in €/ Einwohner



Die schleswig-holsteinischen Kommunen stehen damit auch 2018 hinsichtlich der Gesamtverschuldung pro Einwohner insgesamt besser da als die Kommunen in den Bundesländern Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

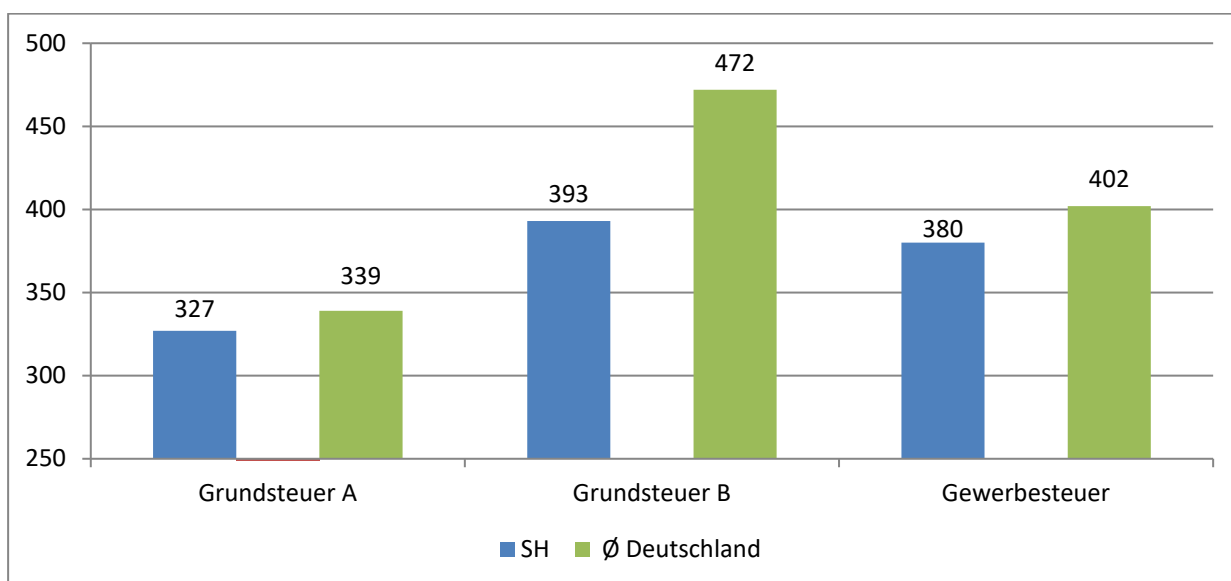
Die schleswig-holsteinischen Kommunen schnitten 2018 schlechter ab als die Kommunen in Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen sowie in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Weitere wichtige Größen zur Beurteilung der Finanzlage von Kommunen stellen die Hebesätze der Kommunen für die Realsteuern dar. Der Realsteuervergleich ermöglicht auf Basis gewogener Durchschnittshebesätze einen Vergleich mit Kommunen anderer Länder. Diese Vergleiche sind Gradmesser für die Ausschöpfung von Gestaltungsmöglichkeiten bei den Realsteuerhebesätzen und zeigen mögliche Entlastungspotentiale für Kommunen auf.

Im **Realsteuervergleich 2018** der Anlage 10 zu diesem Bericht liegt nach wie vor der gewogene durchschnittliche Hebesatz in Schleswig-Holstein in allen drei Steuerarten deutlich unter dem gewogenen Durchschnittshebesatz für Deutschland insgesamt.

Bei der Grundsteuer B hat kein anderes Bundesland einen niedrigeren gewogenen durchschnittlichen Hebesatz als die schleswig-holsteinischen Kommunen. Bei der Gewerbesteuer haben fünf Bundesländer einen niedrigeren gewogenen durchschnittlichen Hebesatz.

Realsteuervergleich 2018



Hätten die Kommunen in Schleswig-Holstein 2018 bei der Grundsteuer A einen Durchschnittshebesatz wie die Kommunen der Flächenländer gehabt, hätten sich Mehreinnahmen von 0,8 Mio. € ergeben. Bei der Grundsteuer B wären es 87,9 Mio. € und bei der Gewerbesteuer 75,5 Mio. € gewesen.

Unabhängig von vorhandenen Haushaltskonsolidierungsmöglichkeiten bei den Aufwendungen sind also zusätzliche **Ertragspotentiale** für schleswig-holsteinische Kommunen grundsätzlich gegeben. Einige Kommunen haben dies erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Die aktuellen einzelnen Steuersätze der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Städte über 20.000 Einwohner ergeben sich aus der Anlage 12 zu diesem Bericht.

Nach Auswertung der übrigen oben genannten Kennzahlen haben schleswig-holsteinische Kommunen 2018 im Vergleich aller Flächenländer des Weiteren

- **deutlich geringere** Kassenkredite pro Einwohner in den **Kernhaushalten**, (Anlage 4)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2018	387 €	515 €
2017	416 €	604 €

(Achtung: Statistische Beeinträchtigung von rd. 249 € pro Einwohner bei Kommunen in Schleswig-Holstein 2018 – siehe oben)

- **etwas höhere** Schulden pro Einwohner in den **Kernhaushalten**,
(Anlage 5)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2018	1.229 €	1.081 €
2017	1.218 €	1.062 €

- eine **etwas höhere** Gesamtverschuldung pro Einwohner in den **Kernhaushalten**,
(Anlage 6)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2018	1.616 €	1.596 €
2017	1.633 €	1.666 €

(Achtung: Statistische Beeinträchtigung von rd. 249 € pro Einwohner bei Kommunen in Schleswig-Holstein 2018 – siehe oben)

- ein **geringeres** Finanzvermögen pro Einwohner **einschließlich Extrahaushalte**,
(Anlage 8)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2018	1.837 €	3.251 €
2017	1.840 €	3.208 €

(Achtung: Statistische Beeinträchtigung wirkt sich auch hier bei Kommunen in Schleswig-Holstein aus, allerdings verteilt sich diese auf die Jahre 2017 und 2018)

- eine **geringere** Bürgerschaftssumme pro Einwohner.
(Anlage 9)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2018	109 €	339 €
2017	108 €	349 €

3. Bewertung der kommunalen Finanzsituation in Schleswig-Holstein anhand weiterer Kennzahlen

Die Entwicklung der Finanzsituation der Kommunen innerhalb Schleswig-Holsteins kann anhand weiterer **Kennzahlen** beurteilt werden. Hinsichtlich der Ermittlung der Kennzahlen und deren Validität gilt es jedoch zu **beachten**:

Bis 2006 galt für alle Kommunen mit der **Kameralistik** ein einheitliches Haushaltsrecht in Schleswig-Holstein. Seit 2007 ist es den Kommunen überlassen, alternativ ein **doppisches**

Rechnungswesen anzuwenden (Wahlfreiheit)³. Mit dem System der doppelten Buchführung soll ein realitätsnaher Ressourcenverbrauch dargestellt werden.

Seit 2007 hat die Anzahl der Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung führen, kontinuierlich zugenommen. Aktuell haben über 75 % aller hauptamtlichen Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein ihr Haushaltsrecht auf die Doppik umgestellt, darunter alle Kreise und kreisfreien Städte sowie sämtliche kreisangehörigen Städte, die der Aufsicht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung unterstehen.

Aufgrund der durch die Wahlfreiheit bestehenden unterschiedlichen Rechnungssysteme müssen die einzelnen Ebenen im Land erhebliche Kapazitäten und Doppelstrukturen vorhalten. Die unterschiedlichen Buchführungen führen zudem zu einer geringeren Transparenz und Vergleichbarkeit sowie zu Ungleichbehandlungen im Rahmen von Haushaltsgenehmigungsverfahren oder bei Gewährung von Zuweisungen. Daher strebt die Landesregierung an, bis zum Haushaltsjahr 2024 eine vollständige Vereinheitlichung des Haushaltsrechts zu erreichen. Dazu hat die Landesregierung den **Entwurf eines Kommunalhaushalte-Harmonisierungsgesetzes** erarbeitet, der in zweiter Lesung im Juni 2020 im schleswig-holsteinischen Landtag beschlossen werden soll.

Die **Umstellung auf die Doppik** verlief zunächst nicht überall völlig reibungslos. Dies hat zur Folge, dass bei einigen Kommunen partiell **aktuelle Jahresabschlüsse fehlen**. Der Aufholprozess ist mittlerweile erfreulicherweise sehr weit vorangeschritten. Von den 32 Kommunen, die der Aufsicht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung unterstehen, liegen für das Jahr 2018 lediglich drei Jahresabschlüsse noch nicht vor. Für das Jahr 2019 stehen noch zahlreiche Jahresabschlüsse aus. Die Angaben in der Anlage 2 zu Jahresergebnissen und aufgelaufenen Defiziten insbesondere für 2019 beruhen daher bei mehr als der Hälfte der Kommunen noch auf **Sollzahlen** der Haushaltspläne. Diese Zahlen waren nach der bisherigen Erfahrung häufig deutlich pessimistischer als die späteren tatsächlichen Ergebnisse. Es ist daher anzunehmen, dass die in der Anlage 2 enthaltenen (Soll-) Zahlen sich noch deutlich verbessern. Dies gilt es bei der Interpretation der Angaben in der Anlage 2 zu berücksichtigen.

Der Aussagegehalt der **Kennzahlen zum Eigenkapital** (Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme) ist ebenfalls wegen der noch nicht vollständig vorliegenden Datenlage im Zusammenhang mit noch ausstehenden Jahresabschlüssen beeinträchtigt.

Dies bleibt von den Kommunalaufsichtsbehörden nicht unberücksichtigt. Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung erwartet daher für die Haushaltsgenehmigungen der 32 betroffenen Kommunen, die seiner Aufsicht unterstehen, vorliegende Jahresabschlüsse bis einschließlich des vorvergangenen Jahres. Das Nichtvorliegen von Jahresabschlüssen für Vorjahre kann dazu führen, dass eine Genehmigung für genehmigungspflichtige Festsetzungen in der Haushaltssatzung von der Kommunalaufsichtsbehörde

³ Neben Schleswig-Holstein haben lediglich die Kommunen in Bayern und Thüringen eine Wahlfreiheit. In allen übrigen Flächenländern ist ausschließlich ein doppisches Rechnungswesen anzuwenden.

nicht erteilt werden kann.⁴ Die betroffenen Kommunen bleiben auch in Zukunft aufgefordert, mit Nachdruck die noch ausstehenden Jahresabschlüsse zu erstellen.

Des Weiteren gilt es zu beachten, dass das (aufgelaufene) Defizit in **Doppik** und **Kameralistik** auf unterschiedlichen Größen beruht.

Bei dem weit überwiegenden Anteil der Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft bereits auf die **Doppik** umgestellt haben, ergibt sich das **aufgelaufene Defizit** aus dem aufgelaufenen Defizit zum Ende des Jahres vor der Umstellung auf die Doppik zuzüglich der nach der Umstellung auf die Doppik erwirtschafteten Jahresfehlbeträge und abzüglich der erwirtschafteten Jahresüberschüsse in der **Ergebnisrechnung**. In der Ergebnisrechnung werden im Gegensatz zur Kameralistik **Erträge und Aufwendungen** abgebildet.

Ein **Defizit im kameralem Sinn** entsteht immer dann, wenn der so genannte **freie Finanzspielraum negativ** ist – also dann, wenn der **Saldo der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts** negativ ist. Die Defizite müssen spätestens im übernächsten Haushaltsjahr abgedeckt werden, auch wenn hierdurch wieder ein neues Defizit erwirtschaftet wird oder sich ein vorhandenes Defizit erhöht. Das aufgelaufene Defizit im kameralem Sinn besteht daher aus der Summe der negativen freien Finanzspielräume der beiden Vorjahre und gibt an, in welcher Höhe in den Vorjahren Defizite erwirtschaftet worden sind, die nicht durch Überschüsse ausgeglichen werden konnten.

Auf den Ausweis der Summen in der Anlage 2 wird für die Jahre 2010 bis 2018 aufgrund der vorgenannten Ausführungen teilweise verzichtet.

3.1 Aufgelaufene Defizite

Für die **aufgelaufenen Defizite** gibt es **keine amtliche Statistik**. Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung hat hierzu eigene Erhebungen ange stellt. Wenn auch die Daten zu den aufgelaufenen Defiziten aufgrund der vorgenannten Einschränkungen nur vorsichtig verwendet werden dürfen, so zeichnet sich doch die folgende Entwicklung ab:

Ab dem Jahr 2013 konnten **die Kreise ihre aufgelaufenen Defizite** von -188 Mio. € **deutlich reduzieren**. Nach einer leichten Abschwächung des Trends im Jahre 2016 konnten im Jahr 2017 alle elf Kreise positive Jahresergebnisse verzeichnen, so dass die aufgelaufenen Defizite fast vollständig abgebaut werden konnten. In diesem Zeitraum sind die Kreise der Finanzentwicklung der übrigen Kommunalgruppen bereits vorangeschritten. Auch in 2018 hat sich der positive Trend fortgesetzt. Mit Ausnahme eines Kreises konnten alle übrigen erneut positive Jahresergebnisse erwirtschaften und die aufgelaufenen Defizite weiter sehr gering halten. Diese positive Entwicklung ist auch bereits für das Jahr 2019 erkennbar, auch wenn noch zahlreiche Jahresabschlüsse ausstehen.

⁴ Vgl. Ziff. 1.3.2 des Haushaltserlasses 2019 vom 27. September 2019, www.schleswig-holstein.de → Themen & Aufgaben → Kommunales → Kommunale Finanzen → Finanzsituation der Kommunen, Haushaltserlass.

Bei den **kreisfreien Städten** ist ab 2015 erstmals seit 2008 ein Abbau der aufgelaufenen Defizite zu verzeichnen. Diese positive Entwicklung setzt sich auch in den Folgejahren fort. 2017 erzielten alle vier kreisfreien Städte und 2018 die drei Städte Kiel, Neumünster und Lübeck zum Teil beachtliche Jahresüberschüsse, so dass die aufgelaufenen Defizite deutlich abgebaut werden können. Für 2019 liegen zwei Jahresabschlüsse vor. Es zeigt sich aber bereits, dass die deutlich positiven Ergebnisse der beiden vorangegangenen Jahre in diesem Maße nicht mehr erwirtschaftet werden konnten, so dass die hohen aufgelaufenen Defizite nicht signifikant weiter abgebaut werden können.

Für die **kreisangehörigen Städte**, die der Aufsicht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung unterstehen, stehen für das Jahr 2018 lediglich zwei Jahresabschlüsse noch aus. Die Ergebnisse zeigen im Vergleich zum Vorjahr ein sehr gemischtes Bild, auch aus den vorliegenden Planungsdaten sind keine Trends erkennbar. Die aufgelaufenen Defizite konnten in 2018 leicht reduziert werden, die (Soll-)Zahlen für das Jahr 2019 lassen eine weitere Reduzierung der aufgelaufenen Defizite nicht vermuten. Hier bleibt die weitere Entwicklung bis zur Vorlage der endgültigen Zahlen abzuwarten.

Seit 2019 werden im Bericht auch Jahresergebnisse und aufgelaufene Defizite für Kommunen ausgewiesen, die nach § 12 FAG eine Fehlbetragszuweisung für 2018 erhalten haben bzw. ggf. erhalten werden (bei fehlendem Jahresabschluss 2018) (Anlage 2a und 2b). Diese werden jährlich aktualisiert. Bei diesen Kommunen ist kein Trend erkennbar. Zum Teil wurden noch hohe Jahresfehlbeträge erwirtschaftet bzw. sind geplant, die zu einer Erhöhung der aufgelaufenen Defizite führen, zum Teil weisen einige Kommunen deutliche Jahresüberschüsse aus. Hierbei ist zu beachten, dass zahlreiche Abschlüsse noch nicht vorliegen, so dass die tatsächliche Entwicklung abgewartet werden muss.

Bereits im Jahr 2015 reduzierte sich der Bestand an den in Vorjahren aufgelaufenen Defiziten bei den Kommunen in Schleswig-Holstein erstmals seit 2008 wieder. Im Jahr 2016 setzt sich dieser Trend fort. In den Jahren 2017 und 2018 gelingt dann sogar ein signifikanter Abbau der hohen aufgelaufenen Defizite der Kommunen in Schleswig-Holstein. Die Entwicklung 2019 muss wegen zumeist noch nicht vorliegender Jahresabschlüsse noch abgewartet werden.

3.2 Eigenkapital

Das Eigenkapital einer Kommune besteht aus den Bilanzpositionen Allgemeine Rücklage, Sonderrücklage, Ergebnissrücklage, vorgetragener Jahresfehlbetrag und Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (§ 48 GemHVO-Doppik⁵). Die Entwicklung des Eigenkapitals zeigt, ob es der Kommune gelingt, ihr Nettovermögen zu erhöhen. Ziel der Kommune muss es sein, ihr Eigenkapital stetig zu erhöhen, da sowohl durch die Preissteigerung als auch durch erhöhte Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft an die öffentliche Infrastruktur ein stetig sich erhöhendes Anlagevermögen der Kommune zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Nur wenn das Eigenkapital ebenfalls entsprechend zunimmt, kann das Verhältnis der Finanzierung des Vermögens der Kommune durch Eigenkapital und Fremdkapital

⁵ Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines doppischen Haushaltsplanes der Gemeinden vom 14. August 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 433)

gewahrt werden. Die Entwicklung des Anteils des Eigenkapitals an der Bilanzsumme im Laufe der Jahre zeigt, ob dies der Kommune gelungen ist.

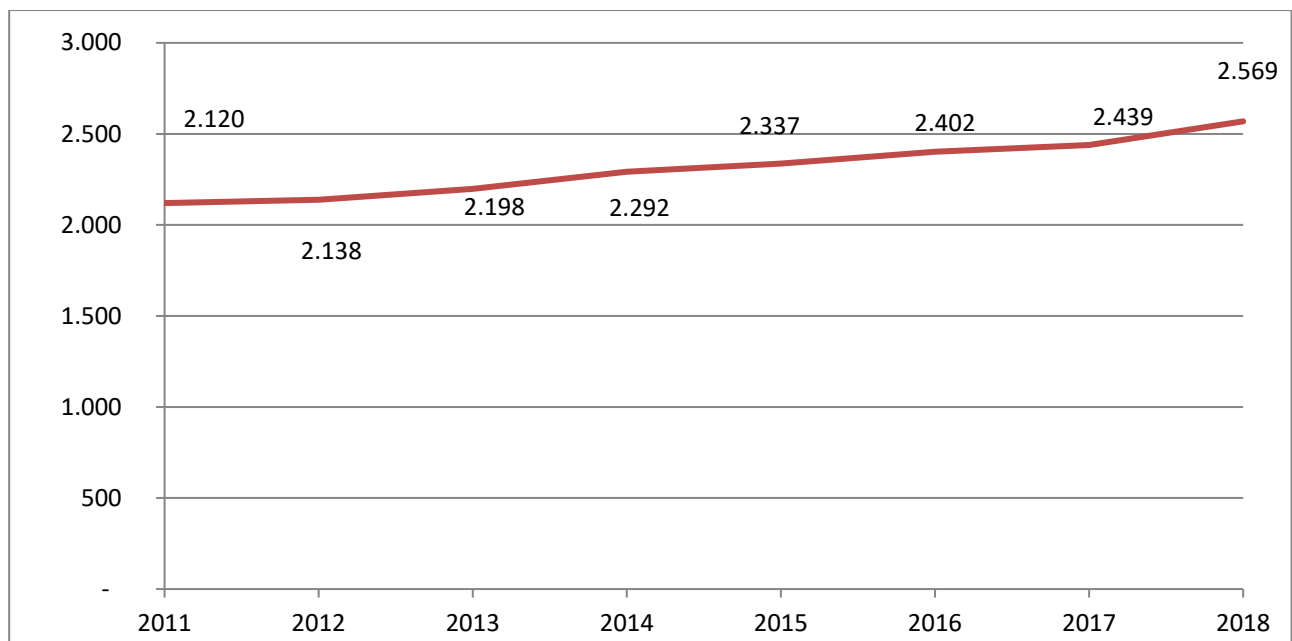
Die Eigenkapitalausstattung ist in Anlage 3 dargestellt. Sie beruht auf einer Auswertung von im Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung vorliegenden Jahresabschlüssen. Auch wenn aufgrund fehlender aktueller Jahresabschlüsse Angaben zur Eigenkapitalausstattung teilweise nicht gemacht werden können, wird deutlich, dass die Eigenkapitalausstattung der Kommunen sehr heterogen ist.

3.3 Pensionsrückstellungen

Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Periodengerechtigkeit spielt auch die Entwicklung der Pensionsrückstellungen bei der Beurteilung der finanziellen Situation der Kommunen eine Rolle. Die Pensionsrückstellungen sind zwar heute noch nicht zahlungswirksam, gleichwohl stellen sie finanzielle Verpflichtungen dar. Veränderungen bei den Pensionsrückstellungen beeinflussen die Jahresergebnisse.

Die Pensionsrückstellungen der schleswig-holsteinischen Kommunen haben sich in den Jahren 2011 bis 2018 kontinuierlich erhöht:⁶

Entwicklung der Pensionsrückstellungen der schleswig-holsteinischen Kommunen von 2011-2018



3.4 Kreisumlagesätze

Die elf Kreise in Schleswig-Holstein sind umlagefinanzierte Gebietskörperschaften. Soweit die sonstigen Einnahmen oder Erträge und Einzahlungen eines Kreises seinen Bedarf nicht

⁶ Seit 2014 einschließlich kommunaler Zweckverbände

decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden zu erheben (vgl. § 19 Absatz 1 FAG).⁷ Die Kreisumlage ist somit ein wesentliches Finanzierungsinstrument der Kreise.

Die Entwicklung des gewogenen durchschnittlichen Umlagesatzes für die allgemeine Kreisumlage ist in der Anlage 11 dargestellt.

In den vergangenen zehn Jahren ist dieser durchschnittliche Umlagesatz nach einem zwischenzeitlich erfolgten moderaten Anstieg wieder leicht zurückgegangen (35,13 % 2008;- 33,59 % 2020).

3.5 Umsetzungsquoten

Zur Beurteilung der Finanzsituation bedürfen auch die Investitionsplanungen und deren Umsetzungen einer gesonderten Betrachtung. Zur Analyse der Umsetzungsquoten hat das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung eigene Erhebungen angestellt und das Verhältnis vom fortgeschriebenen Planansatz zu den Ist-Auszahlungen aus den vorliegenden Jahresabschlüssen ermittelt. Dabei ist zu erkennen, dass von den 32 Kommunen, die der Aufsicht des Ministeriums unterstehen, lediglich 11 Kommunen eine Umsetzungsquote von über 50 % haben, nur drei Kommunen liegen bei über 70 %. Dies ist eine geringe Verbesserung gegenüber dem Vorjahr, steht jedoch nicht mit dem § 10 GemHVO-Doppik in Einklang. Um die grundsätzliche Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Haushaltswahrheit zu erreichen, sind Umsetzungsquoten von mindestens 60 % einzuhalten. Für Kommunen, bei denen keine signifikanten Verbesserungen zu erkennen sein werden, können für die Haushalte der folgenden Jahre - unabhängig von einer bestehenden Genehmigungspflicht – kommunalaufsichtliche Maßnahmen in Erwägung gezogen werden.

4. Zusammenfassung

Aktuell sind alle staatlichen Ebenen stark von der Corona-Pandemie betroffen und dadurch mit erheblichen Belastungen konfrontiert. Sie stehen in der Bewältigung der Auswirkungen der Krise vor besonderen Herausforderungen. Von Bund und Land wurden bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die unmittelbar oder mittelbar zu einer finanziellen Entlastung der Kommunen führen werden.

Die aktuelle **Steuerschätzung** von **Mai 2020** ist geprägt von erheblichen Unsicherheiten. Aus diesem Grund wird im September eine außerplanmäßige Steuerschätzung durchgeführt. Die aktuelle Steuerschätzung von Mai 2020 hat im Vergleich zur Schätzung vom Oktober 2019 bundesweit zu einer drastischen Abnahme der Einnahmeerwartungen bis 2024 geführt. Für die Steuereinnahmen in 2020 wird, verglichen mit der Steuerschätzung vom Oktober 2019, ein Rückgang um 98,6 Milliarden Euro erwartet, für 2021 wird ein Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber der letzten Schätzung um ca. 52,7 Milliarden Euro prognostiziert. Auch die Schätzungen für die Jahre 2022-2024 weisen im Vergleich zum Schätzergebnis aus Oktober 2019 deutlich geringer steigende Steueraufkommen aus.⁸ Für dieses Jahr wird ein

⁷ Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein vom 10. Dezember 2014, zuletzt geändert durch Gesetz vom 08. Mai 2020 (GVOB. Schl.-H. S. 220)

⁸ Vgl. Ergebnis der 157. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ und Pressemitteilung des Bundesministeriums der Finanzen vom 14. Mai 2020.

überaus deutlicher Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von real -6,3 % und für das kommende Jahr 2021 ein Anstieg von 5,2 % erwartet. Auch für die Einnahmen der Kommunen wird für den Zeitraum bis zum Jahr 2024 ein drastischer Rückgang gegenüber den bisherigen Erwartungen prognostiziert. Für 2020 wird ein Rückgang von 692 Mio. Euro gegenüber den Ergebnissen der Oktober-Schätzung erwartet. Gegenüber dem Ist 2019 bedeutet dies ein Abnahme um rund 215,2 Mio. Euro. (vgl. Anlage 1). Auch in den kommenden Jahren wird mit einem Rückgang der erwarteten Einnahmen gegenüber der Oktober-Schätzung gerechnet. Gleichwohl wird das absolute Einnahmenniveau nach dieser Prognose schon im Jahr 2021 über dem Niveau des Jahres 2019 liegen und bis 2024 weiter auf 6.216,0 Mio. Euro ansteigen.

Darüber hinaus verfügen schleswig-holsteinische Kommunen über weitere denkbare **Möglichkeiten**, ihre **Einnahmen** zu steigern. Im **Realsteuervergleich 2018** liegt der gewogene durchschnittliche Hebesatz in Schleswig-Holstein sowohl bei der Grundsteuer A und B wie auch bei der Gewerbesteuer traditionell deutlich unter den gewogenen durchschnittlichen Hebesätzen der Kommunen in den bundesdeutschen Flächenländern.

Hinsichtlich der **Gesamtverschuldung** pro Einwohner in den Kernhaushalten einschließlich der Extrahaushalte ist zu konstatieren, dass die Kommunen in Schleswig-Holstein im Vergleich zu den bundesdeutschen Flächenländern eine niedrigere Verschuldung aufweisen. In Schleswig-Holstein belief sich 2018 die kommunale Gesamtverschuldung durchschnittlich auf 1.851 € pro Einwohner, während der Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer mit 1.908 € pro Einwohner höher lag.

Die hohen aufgelaufenen Defizite der Kommunen in Schleswig-Holstein können seit ca. drei Jahren sukzessive abgebaut werden. Insbesondere die Kreise konnten die aufgelaufenen Defizite im Jahr 2017 fast vollständig abbauen und auch in 2018 hat sich die positive Entwicklung weiter fortgesetzt. Bei den kreisfreien Städten wurden in den Jahresabschlüssen 2018 zum Teil beachtliche Jahresüberschüsse ausgewiesen, so dass auch hier ein weiterer Abbau der Defizite erreicht werden konnte. Die Ergebnisse bei den kreisangehörigen Städten, die der Aufsicht des Ministeriums unterstehen, zeigen im Vergleich zum Vorjahr ein sehr gemischtes Bild. Die aufgelaufenen Defizite konnten in 2018 leicht reduziert werden. Für 2019 bleibt die weitere Entwicklung bis zur Vorlage der endgültigen Zahlen abzuwarten. Insgesamt ist ab dem Jahr 2017 ein signifikanter Abbau der hohen aufgelaufenen Defizite der Kommunen in Schleswig-Holstein zu verzeichnen.

Auch die aktuelle Situation macht erneut deutlich, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht vernachlässigt werden sollte. Dem Abbau der aufgelaufenen Defizite muss im Interesse der nachfolgenden Generationen weiterhin eine hohe Priorität eingeräumt werden. Spürbare Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung sind bei einer Reihe von Kommunen bereits zu verzeichnen. Verstärkt soll auch die Umsetzungsquote bei der Haushaltsplanung berücksichtigt werden.

Da das weitere Szenario der Bekämpfung der Corona-Pandemie derzeit weiterhin sehr ungewiss ist, ebenso die Länge und Intensität der Beschränkungen lässt sich auch das Ausmaß der jeweiligen Betroffenheit der staatlichen Ebenen seriös noch nicht abschätzen. Die weitere

Entwicklung der Finanzsituation den Kommunen hängt neben dem weiteren verantwortungsbewussten Handeln der Entscheidungsträger vor Ort auch stark von den Auswirkungen der zahlreichen Maßnahmen von Bund und Ländern zur Bekämpfung der Pandemie ab.

5. Anlagenverzeichnis

- 1 Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern
- 2 Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse und aufgelaufenen Defizite in Mio. €
- 2a Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse und aufgelaufenen Defizite in Mio. € für kreisangehörige Fehlbetragsgemeinden in der Zuständigkeit des Landes
- 2b Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse und aufgelaufenen Defizite in Mio. € für kreisangehörige Fehlbetragsgemeinden in der Zuständigkeit der Kreise
- 3 Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme
- 4 Entwicklung der Kassenkredite der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 5 Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 6 Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 7 Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer einschließlich Extrahaushalte
- 8 Entwicklung des Finanzvermögens der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer einschließlich Extrahaushalte
- 9 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleitungen der Gemeinden und Gemeindeverbände
- 10 Realsteuervergleich 2018
- 11 Entwicklung der Umlagesätze für die Kreisumlage
- 12 Steuersätze der kreisfreien Städte, kreisangehörigen Städte über 20.000 Einwohner und Konsolidierungskommunen

Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern (in Mio. €)

Jahr	Verbund- quote	Festgesetzte Finanzaus- gleichsmasse	darin Abrechnung (einschl. Familienleistungsausgleich - FLA)			Veränd. Sp. 2 + / - Vorjahr	Gemeindeant. Einkommenst.	Familienlstg.- ausgl. u.ä.	Summe Sp. 5 + 6	Veränd. Sp. 7 + / - Vorjahr	Gemeindeant. Umsatzsteuer	Veränd. Sp. 9 + / - Vorjahr
			Gesamt	"normal"	Aufteilung							
	1	2	3			4	5	6	7	8	9	10
2015	17,83 ¹⁷	1.526,6 ¹	(+62,3) M	(+58,8)	(+3,5)	+115,3	1.126,0 ²	102,5 ¹	1.228,5	+74,3	121,1 ²	+15,3
2016	17,83 ¹⁹	1.505,6	(-39,4) N	(-39,4)	0	-21,0	1.163,8	107,5	1.271,3	+42,8	126,1	+5,0
2017	17,83 ¹⁹	1.787,9	(+151,8) O	(+61,8)	(+90,0)	+282,3	1.256,7	112,0	1.368,7	+97,4	155,4 ¹⁸	+29,3
2018	17,83 ¹⁹	1.794,3	(+37,3) P	(+19,5)	(+17,8)	+6,4	1.325,8	114,2	1.440,0	+71,3	196,8	+41,4
2019	17,83 ¹⁹	1.859,8	(+10,0) Q	0	0	+65,5	1.371,1	124,4	1.495,5	+55,5	218,6	+21,8
2020	17,83 ¹⁹	1.960,9	(+20,0) R	0	0	+101,1	1.271,0	137,2 ²¹	1.408,2	-87,3	216,0	-2,6
2021	18,07 ²⁰	1.898,4	0	0	0	-62,5	1.386,0	140,7 ²²	1.526,7	+118,5	234,0	+18,0
2022	18,12 ²⁰	1.966,0	0	0	0	+67,6	1.469,0	140,3	1.609,3	+82,6	200,0	-34,0
2023	18,17 ²⁰	2.049,1	0	0	0	+83,1	1.555,0	144,7	1.699,7	+90,4	205,0	+5,0
2024	18,22 ²⁰	2.121,2	0	0	0	+72,1	1.641,0	148,9	1.789,9	+90,2	209,0	+4,0

Jahr	Summe	Veränd. Sp. 11	Grundsteuer	Grundsteuer	Gewerbsteuer	sonstige	Summe	Veränd. Sp. 17	Gesamtsumme	Veränd. Sp. 19
	Sp. 2 + 7 + 9	+ / - Vorjahr	A	B	netto	Gemeindest. ⁴	Sp. 13 - 16	+ / - Vorjahr	Sp. 11 + 17	+ / - Vorjahr
	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
2015	2.876,2	+204,9	22,0 ³	403,5 ³	1.017,3 ²	78,3 ³	1.521,1	+137,0	4.397,3	+341,9
2016	2.903,0	+26,8	22,0	414,3	1.124,1	84,8	1.645,2	+124,1	4.548,2	+150,9
2017	3.312,0	+409,0	22,7	431,0	1.254,6	90,6	1.798,9	+153,7	5.110,9	+562,7
2018	3.431,1	+119,1	22,7	437,1	1.303,9	95,1	1.858,8	+59,9	5.289,9	+179,0
2019	3.573,9	+142,8	23,1	451,4	1.344,9	92,9	1.912,3	+53,5	5.486,2	+196,3
2020	3.585,1	+11,2	23,0	455,0	1.115,0	92,9	1.685,9	-226,4	5.271,0	-215,2
2021	3.659,1	+74,0	22,0	460,0	1.379,0	92,9	1.953,9	+268,0	5.613,0	+342,0
2022	3.775,3	+116,2	22,0	464,0	1.409,0	92,9	1.987,9	+34,0	5.763,2	+150,2
2023	3.953,8	+178,5	22,0	468,0	1.459,0	92,9	2.041,9	+54,0	5.995,7	+232,5
2024	4.120,1	+166,3	22,0	472,0	1.509,0	92,9	2.095,9	+54,0	6.216,0	+220,3

- 1 : Grundsätzlich nach Haushaltsansätzen im Landeshaushaltsplan, **ab 2020 Steuerschätzung vom Mai 2020**
- 2 : 2001 bis 2019 Ergebnisse nach Gemeindefinanzreformgesetz, **ab 2020 Steuerschätzung vom Mai 2020**
- 3 : 2001 bis 2019 Ergebnisse nach Rechnungsstatistik bzw. Kassenstatistik, **ab 2020 Steuerschätzung vom Mai 2020**
- 4 : Zweitwohnungssteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Jagdsteuer und sonst. Steuern (für 2020 ff. fortgeschrieben)
- 17 : 2015 bis 2020 erfolgen die Angaben zur Verbundquote und zur festgesetzten Finanzausgleichsmasse auf der Grundlage des Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs (einschl. der Aufstockung um jährl. 11,5 Mio. € für Infrastrukturlasten und 15,0 Mio. € für Konsolidierungshilfen).
- 18 : Die Effekte aus dem Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen sind in dem Betrag für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer enthalten.
- 19 : Aufstockung der Finanzausgleichsmasse (in summierten Jahresbeträgen)
- a) zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen (2017 +10,0 Mio. €, 2018 +15,0 Mio. €, 2019 +20 Mio. €, 2020 +20 Mio. €),
- b) zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen (2016 +0,2 Mio. €, 2017 +0,3 Mio. €, 2018 +0,3 Mio. €, 2019 +0,8 Mio. €, 2020 +0,8 Mio. €).
- 20 : Die Berechnungen zur FA-Masse basieren auf dem Gesetzentwurf zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des KFA (LT-Drs. 19/2119, Verbundsatz 2021: 18,07%, 2022: 18,12%, 2023: 18,17%, 2024: 18,22%).
- 21 : Für das Jahr 2020 gab es eine Anschlussregelung für die Zuweisungen nach § 25 FAG.
- 22 : Die Berechnungen basieren auf dem Gesetzentwurf zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des KFA (LT-Drs. 19/2119, § 31 GE FAG).

- M : 3. Abrechnungstranche Glättung KFA 2012 und KFA 2013 (+25,7 Mio. €) und darüber hinausgehende Abrechnung KFA 2013 (+36,6 Mio. €)
- N : Abrechnung KFA 2014 (-39,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2013 (-0,4 Mio. €)
- O : Abrechnung KFA 2015 (+62,1 Mio. €) und 1. Abrechnungstranche KFA 2016 + 2017 (je +45,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2011 (-0,5 Mio. €), FLA 2014 (+0,2 Mio. €)
- P : endgültige Abrechnungstranchen KFA 2016 (+47,0 Mio. €) und KFA 2017 (+17,8 Mio. €) sowie Abrechnung Bundesentlastung Asyl 2016 (-27,5 Mio. €)
- Q : Abrechnung aufgelaufener Reste früherer Jahre (+6,5 Mio. €) und vorgezogene Abrechnung KFA 2018 (+3,5 Mio. €).
- R : Abrechnung aufgelaufener Reste früherer Jahre und vorgezogene Abrechnung KFA 2019 (+22,0 Mio. €).

Hinweis:

Aufgrund der unabsehbaren weiteren Entwicklung der weltweiten Corona-Pandemie ist die Steuerschätzung vom Mai 2020 von vielen Unsicherheiten geprägt.

Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse, Jahresabschlüsse und aufgelaufenen Defizite¹ in Mio. €

	2010		2011		2012		2013		2014		2015		2016		2017		2018		2019		2020																	
	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Plan																	
Kreis Dithmarschen	D	0,6	-16,3	D	-1,8	-18,1	D	-2,1	-20,2	D	2,7	-17,5	D	6,9	-10,5	D	14,2	0,0	D	5,3	0,0	D	23,1	I	0,0	D	8,8	I	0,0	D	1,3	S	0,0	D	-3,2			
Kreis Herzogtum Lauenburg	D	-5,5	-22,2	D	-9,5	-31,7	D	-2,1	-33,8	D	-1,4	-35,2	D	8,7	-26,5	D	12,2	-14,3	D	7,2	-7,1	D	18,4	I	0,0	D	15,6	I	0,0	D	4,9	S	0,0	D	9,6			
Kreis Nordfriesland	D	2,5	0,0	D	-6,4	-6,4	D	-3,4	-9,8	D	0,1	-9,8	D	-0,5	-10,2	D	3,0	-7,2	D	-0,7	-7,9	D	14,2	I	0,0	D	14,3	I	0,0	D	4,7	S	0,0	D	9,9			
Kreis Ostholstein	D	2,8	-6,5	D	-9,3	-15,8	D	-2,4	-18,2	D	1,8	-16,5	D	11,8	-4,7	D	7,2	0,0	D	6,8	0,0	D	21,5	I	0,0	D	21,9	I	0,0	D	10,4	S	0,0	D	1,1			
Kreis Pinneberg	D	6,5	-12,8	D	-10,8	-23,5	D	1,2	-22,3	D	2,0	-20,4	D	6,1	-14,3	D	7,7	-6,6	D	0,9	-5,7	D	21,1	I	0,0	D	7,4	S	0,0	D	11,5	S	0,0	D	12,7			
Kreis Plön	D	4,7	-4,0	D	-5,9	-10,0	D	-5,1	-15,1	D	6,7	-8,4	D	5,7	-2,7	D	14,9	0,0	D	14,9	0,0	D	6,5	I	0,0	D	4,6	I	0,0	D	0,0	S	0,0	D	-6,2			
Kreis Rendsburg-Eckernförde	D	-4,2	-4,2	D	-10,5	-14,7	D	-2,4	-17,1	D	1,3	-15,8	D	-1,4	-17,1	D	5,8	-11,3	D	-4,8	-16,1	D	12,4	I	-3,6	D	20,0	I	0,0	D	14,0	S	0,0	D	16,4			
Kreis Schleswig-Flensburg	D	-2,2	-37,6	D	-8,6	-46,2	D	-3,2	-49,4	D	5,4	-44,0	D	12,2	-31,8	D	7,9	-23,9	D	9,9	-14,1	D	18,5	I	0,0	D	29,2	I	0,0	D	1,8	S	0,0	D	-3,7			
Kreis Segeberg	D	-2,5	-5,0	D	-7,7	-12,7	D	-0,9	-13,6	D	7,9	-5,6	D	8,0	0,0	D	5,4	0,0	D	-5,4	-5,4	D	17,7	I	0,0	D	16,1	I	0,0	D	10,7	I	0,0	D	3,4			
Kreis Steinburg	D	6,1	0,0	D	-3,3	-3,3	D	-9,0	-12,3	D	-2,8	-15,1	D	5,3	-9,8	D	6,1	-3,7	D	-1,1	-4,8	D	11,3	I	0,0	D	-2,4	I	-2,4	D	-0,7	I	-3,1	D	-6,7			
Kreis Stormarn	D	16,0	0,0	D	5,4	0,0	D	11,6	0,0	D	7,7	0,0	D	15,8	0,0	D	-5,4	-5,4	D	-0,0	-5,5	D	18,9	I	0,0	D	8,1	I	0,0	D	8,3	I	0,0	D	-5,2			
Kreise		24,7	-108,5		-68,5	-182,4		-17,8	-211,8		31,3	-188,2		78,7	-127,6		64,0	-75,2		33,0	-66,5		183,7		-3,6		143,5		-2,4		66,9		-3,1		28,2			
Stadt Flensburg	K	-37,7	-45,7	K	-19,3	-57,0	K	-45,4	-64,7	K	-19,4	-64,7	K	-45,7	-65,1	D	3,3	-61,8	D	-7,9	-69,8	D	1,9	I	-67,8	D	-1,2	I	-69,1	D	-4,1	I	-73,2	D	0,8			
Landeshauptstadt Kiel	D	-19,8	-60,8	D	-50,8	-111,6	D	-84,9	-196,5	D	-48,1	-244,6	D	-58,2	-302,8	D	-3,6	-306,4	D	13,2	-293,1	D	28,0	I	-265,1	D	84,5	I	-180,6	D	4,0	I	-176,7	D	0,5			
Hansestadt Lübeck	D	-41,1	-304,0	D	-46,5	-350,5	D	-17,6	-368,8	D	-0,7	-368,8	D	3,3	-365,6	D	31,3	-334,3	D	31,3	-334,3	D	83,7	I	-250,7	D	96,7	I	-153,9	D	-8,9	S	-162,8	D	-19,5			
Stadt Neumünster	D	-14,7	-82,5	D	12,4	-70,1	D	-2,3	-72,4	D	1,4	-71,0	D	6,4	-64,6	D	5,5	-59,1	D	18,5	-40,6	D	38,8	I	-1,8	D	8,6	I	0,0	D	3,2	S	0,0	D	7,2			
kreisfreie Städte		6	-493,0		6	-589,2		6	-701,6		6	-749,1		6	-801,5		8,5	-793,0		55,1	-737,9		152,4		-585,5		188,6		-403,6		-5,9		-412,7		-11,1			
Stadt Ahrensburg	D	-4,2	-6,2	D	3,2	-3,1	D	2,5	-0,6	D	3,2	0,0	D	1,4	0,0	D	-1,6	-1,6	D	-1,1	-2,7	D	12,2	I	0,0	D	6,3	I	0,0	D	0,1	S	0,0	D	1,6			
Stadt Bad Oldesloe	D	5,3	0,0	D	4,1	0,0	D	5,5	0,0	D	1,9	0,0	D	1,7	0,0	D	2,9	0,0	D	-4,4	-4,4	D	-0,9	I	-5,2	D	3,6	I	-1,7	D	-3,9	S	-5,6	D	6,1			
Stadt Bad Schwartau	D	1,6	0,0	D	2,1	0,0	D	-1,5	-1,5	D	0,0	-1,5	D	1,0	-0,4	D	2,3	0,0	D	-1,2	-1,2	D	0,4	I	-0,7	D	-0,7	I	-1,4	D	-1,2	S	-2,7	D	0,0			
Stadt Eckernförde	K	0,6	0,0	K	3,6	0,0	D	0,5	0,0	D	1,6	0,0	D	1,3	0,0	D	-0,8	-0,8	D	1,0	0,0	D	3,3	I	0,0	D	1,2	I	0,0	D	4,1	I	0,0	D	1,6			
Stadt Elmshorn	D	-1,5	-9,7	D	6,7	-2,9	D	-2,8	-5,7	D	-2,9	-8,6	D	-1,7	-10,3	D	4,2	-6,2	D	-0,5	-6,7	D	6,8	I	0,0	D	6,9	I	0,0	D	1,6	S	0,0	D	0,2			
Stadt Geesthacht	D	-5,8	-5,8	D	-2,1	-7,9	D	-2,7	-10,5	D	3,1	-7,4	D	0,0	-7,4	D	-7,7	-15,1	D	-10,4	-25,5	D	3,0	I	-22,5	D	3,6	I	-18,9	D	-12,2	S	-31,0	D	0,7			
Stadt Heide	D	-2,7	-2,7	D	2,9	0,0	D	-2,1	-2,1	D	-2,1	-4,2	D	-4,6	-8,8	D	3,0	-5,8	D	3,6	-2,2	D	3,3	I	0,0	D	-0,5	I	-0,5	D	4,5	I	0,0	D	-1,7			
Stadt Husum	K	0,1	0,0	K	0,5	0,0	D	2,3	0,0	D	-0,1	-0,1	D	0,1	-0,0	D	1,1	0,0	D	3,9	0,0	D	4,5	I	0,0	D	2,8	I	0,0	D	1,5	S	0,0	D	-2,7			
Stadt Itzehoe	D	-2,4	-2,4	D	-3,8	-6,1	D	-2,4	-8,6	D	1,6	-7,0	D	0,0	-7,0	D	2,4	-4,6	D	2,1	-2,5	D	4,8	I	0,0	D	3,9	I	0,0	D	-2,2	S	-2,2	D	-4,4			
Stadt Kaltenkirchen	K	1,2	0,0	K	1,4	0,0	K	0,9	0,0	K	2,3	0,0	K	1,7	0,0	K	4,8	0,0	D	5,7	0,0	D	6,4	I	0,0	D	2,0	S	0,0	D	4,0	S	0,0	D	1,0			
Stadt Norderstedt	D	-12,6	-12,6	D	0,0	-12,6	D	0,0	-12,6	D	0,0	-12,6	D	0,0	-12,6	D	-1,4	-14,0	D	0,6	-13,5	D	3,1	-10,4	D	3,4	I	-6,9	D	24,0	I	0,0	D	0,3	I	0,0	D	3,9
Stadt Pinneberg	D	-4,3	-14,2	D	-1,2	-15,4	D	2,5	-13,0	D	2,8	-10,1	D	8,3	-1,8	D	-2,1	-3,9	D	8,9	0,0	D	4,5	I	0,0	D	-4,0	S	-4,0	D	-1,5	S	-5,5	D	-2,1			
Stadt Quickborn	D	-0,2	-2,2	D	-2,3	-4,5	D	-1,0	-5,4	D	0,8	-4,6	D	0,0	-4,6	D	0,9	-3,7	D	0,6	-3,1	D	-0,3	I	-3,3	D	-0,7	I	-4,1	D	0,4	S	-3,7	D	1,8			
Stadt Reinbek	D	-3,2	-3,2	D	3,4	0,0	D	3,3	0,0	D	4,1	0,0	D	3,3	0,0	D	3,0	0,0	D	4,3	0,0	D	3,2	I	0,0	D	7,5	I	0,0	D	0,3	S	0,0	D	0,6			
Stadt Rendsburg	K	-1,1	-1,1	K	0,4	-1,0	K	1,5	0,0	K	0,2	0,0	K	0,7	0,0	K	2,7	0,0	K	0,1	0,0	K	2,1	I	0,0	K	4,1	I	0,0	D	-6,5	S	-6,5	D	-3,7			
Stadt Schleswig	D	-3,3	-5,8	D	1,4	-4,3	D	0,1	-4,3	D	-4,0	-8,3	D	-4,8	-13,1	D	3,1	-10,0	D	4,4	-5,6	D	3,4	I	-2,2	D	0,7	I	-1,4	D	0,1	S	-1,4	D	-2,1			
Stadt Wedel	K	0,5	0,0	D	0,5	0,0	D	-17,2	-17,2	D	-7,2	-24,4	D	-5,4	-29,8	D	0,6	-29,2	D	0,0	-29,1	D	2,8	I	-26,4	D	-4,5	I	-30,8	D	0,7	S	-30,1	D	-4,9			
kreisangeh. Städte über 20.000 Ew.		2	-65,8		2	-57,9		2	-81,5		2	-88,9		2	-97,3		2	-94,2		2	-93,3		2	-67,3		2	-62,9		-10,0		-88,8		-4,1					
Gesamt		2	-667,3		2	-829,4		2	-994,9		2	-1.026,2		2	-1.026,4		2	-962,3		2	-897,7		2	-656,4		2	-468,9		51,1		-504,5		13,0					

S: Soll-Zahlen
D: Doppischer Haushalt
I: Ist-Zahlen
K: Kameraler Haushalt

¹ Negative freie Finanzspielräume entsprechen den Fehlbeträgen bzw. dem Fehlbedarf; die aufgelaufenen Defizite entsprechen bei den doppischen Haushalten den kameral aufgelaufenen Defiziten unter Berücksichtigung der doppischen Ergebnisse in den Folgejahren.

² Der Ausweis der Summen erfolgt nicht, da wegen der Vermischung von freien Finanzspielräumen (kameraler Haushaltswirtschaft) und Jahresergebnissen (doppische Haushaltswirtschaft) eine Addition nicht zu sachgerechten Ergebnissen führt.

Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse, Jahresabschlüsse und aufgelaufenen Defizite in T€ für kreisangehörige Fehlbetragsgemeinden* in der Zuständigkeit des Landes (ab 80.000 € anerkannter Fehlbetrag)

Stand: 8. Juni 2020

	2014		2015		2016		2017		2018		2019																	
	aufgelaufen		Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen																
Kreis Dithmarschen																												
Gemeinde Büsum	D	-6.386,9	I	D	-5.824,0	I	D	1.785,0	I	D	-10.425,9	D	1.639,8	I	D	-8.786,1	D	-679,9	S	-9.466,0	D	58,2	S	-9.407,8				
Stadt Marne	D	-1.477,5	I	D	-91,0	I	D	-1.568,5	D	-408,2	I	D	-1.976,6	D	-1.099,2	I	D	-3.075,8	D	-887,3	I	D	-3.963,2	D	2.702,2	I	D	-1.261,0
Stadt Meldorf	K	-1.178,9	I	D	1.792,8	I	D	156,7	I	D	0,0	D	332,2	I	D	0,0	D	-668,5	I	D	-668,5	D	-1.615,2	S	D	-2.283,7		
Gemeinde Nordhastedt	D	-650,3	I	D	-19,7	I	D	-670,0	D	-87,0	I	D	-757,1	D	-149,5	I	D	-906,5	D	341,1	I	D	-565,4	D	-278,8	S	D	-844,2
Stadt Wesselburen	D	-218,8	I	D	-85,5	I	D	-304,3	D	-125,3	I	D	-429,7	D	200,3	I	D	-229,4	D	-934,2	I	D	-1.163,6	D	-191,3	S	D	-1.354,9
Kreis Herzogtum Lauenburg																												
Stadt Lauenburg/Elbe	D	-6.663,7	I	D	1.337,1	I	D	-5.326,6	D	3.480,3	I	D	-1.846,3	D	-216,2	I	D	-2.062,5	D	-310,5	I	D	-2.373,0	D	-493,0	I	D	-2.866,1
Gemeinde Müssen	K	0,0	I	K	0,0	I	K	0,0	I	K	0,0	I	K	-117,2	I	K	-117,2	K	-191,7	I	K	-191,7	K	-259,4	I	K	-259,4	
Kreis Nordfriesland																												
Stadt Bredstedt	D	-1.244,1	I	D	699,2	I	D	-544,9	D	386,0	I	D	-158,9	D	853,4	I	D	0,0	D	-165,2	S	-165,2	D	-197,2	S	D	-362,4	
Gemeinde Breklum	D	-414,4	I	D	-68,7	I	D	-483,2	D	109,2	I	D	-374,0	D	112,2	I	D	-261,8	D	99,5	I	D	-162,2	D	-124,8	S	D	-287,0
Gemeinde Drelsdorf	D	0,0	I	D	374,1	I	D	0,0	D	27,5	I	D	0,0	D	52,5	I	D	0,0	D	-119,9	I	D	-119,9	D	282,8	I	D	0,0
Stadt Friedrichstadt	D	-3.882,8	I	D	412,6	I	D	-3.470,2	D	671,1	I	D	-2.799,1	D	-332,5	I	D	-3.131,6	D	-438,9	I	D	-3.570,5	D	2.662,5	I	D	-908,0
Gemeinde Garding	D	-1.169,9	I	D	-726,6	S	-1.896,5	D	-1.061,5	S	-2.958,0	D	-871,6	S	-3.829,6	D	-1.635,4	S	-5.465,0	D	-1.107,8	S	D	-6.572,8				
Gemeinde Goldebek	D	-25,1	I	D	15,9	I	D	-9,2	D	183,9	I	D	0,0	D	-143,0	I	D	-143,0	D	-104,8	I	D	-247,8	D	-30,2	S	D	-278,0
Gemeinde Hattstedt	D	-830,7	I	D	-162,7	I	D	-993,4	D	-39,0	I	D	-1.032,4	D	-82,3	I	D	-1.114,8	D	154,2	I	D	-960,5	D	-585,4	S	D	-1.545,9
Gemeinde Leck	D	0,0	I	D	-367,2	I	D	-367,2	D	-985,8	I	D	-1.353,0	D	1.318,6	I	D	-34,4	D	-341,2	I	D	-375,6	D	-1.389,9	S	D	-1.765,5
Gemeinde Nordstrand	D	-2.424,6	I	D	-174,2	I	D	-2.598,8	D	-8,6	I	D	-2.607,4	D	-378,3	I	D	-2.985,7	D	-31,2	I	D	-3.016,9	D	2.735,3	I	D	-281,6
Gemeinde Oldenswort	D	-623,4	I	D	-212,6	I	D	-836,0	D	-417,3	I	D	-1.253,3	D	-475,4	I	D	-1.728,6	D	-284,0	I	D	-2.012,7	D	-1.119,8	S	D	-3.132,5
Gemeinde Schwabstedt	D	-739,0	I	D	-102,5	I	D	-841,6	D	-352,1	I	D	-1.193,7	D	-15,6	I	D	-1.209,3	D	129,9	I	D	-1.079,3	D	794,3	I	D	-285,1
Gemeinde Tating	D	0,0	I	D	-36,8	I	D	-36,8	D	-331,6	I	D	-368,4	D	-17,4	I	D	-385,8	D	-223,3	S	-609,1	D	-375,2	S	D	-984,3	
Stadt Tönning	D	-9.700,7	I	D	-1.936,6	I	D	-11.637,3	D	-331,1	I	D	-11.968,4	D	2.827,6	I	D	-9.140,8	D	-2.505,4	S	-11.646,2	D	-2.592,0	S	D	-14.238,2	
Gemeinde Welt	D	-94,3	I	D	19,1	I	D	-75,2	D	-5,4	I	D	-80,6	D	-26,3	I	D	-106,9	D	-188,1	S	-295,0	D	-326,9	S	D	-621,9	
Gemeinde Witzwort	D	0,0	I	D	-36,0	I	D	-36,0	D	-190,1	I	D	-226,1	D	-175,2	I	D	-401,4	D	-162,7	I	D	-564,1	D	-225,8	S	D	-789,9
Kreis Ostholstein																												
Gemeinde Altenkrempe	D	-318,7	I	D	-20,5	I	D	-339,2	D	-157,2	I	D	-496,4	D	61,7	I	D	-434,8	D	245,4	I	D	-189,3	D	-368,7	S	D	-558,0
Gemeinde Kasseedorf	D	-751,8	I	D	-284,5	I	D	-1.036,3	D	-350,0	I	D	-1.386,3	D	-263,4	I	D	-1.649,8	D	-11,0	I	D	-1.660,8	D	-737,0	S	D	-2.397,8
Gemeinde Süsel	D	0,0	I	D	76,1	I	D	0,0	D	136,7	I	D	0,0	D	-404,1	S	-404,1	D	-369,0	S	-773,1	D	-461,1	S	D	-1.234,2		
Kreis Pinneberg																												
Stadt Barmstedt	K	-2.802,8	I	K	-2.731,9	I	K	-2.731,9	K	-2.596,2	I	K	-2.596,2	K	-2.942,4	I	K	-2.942,4	K	-2.043,0	I	K	-2.043,0	D	-7.222,2	S	D	-9.265,2
Gemeinde Heidgraben	K	0,0	I	K	0,0	I	K	0,0	I	K	0,0	I	K	0,0	I	K	0,0	K	-279,5	I	K	-279,5	K	-157,2	I	K	-157,2	
Gemeinde Hetlingen	D	-634,7	I	D	-69,0	I	D	-703,7	D	18,6	I	D	-685,1	D	-56,8	I	D	-741,9	D	-513,5	S	-1.255,4	D	110,3	S	D	-1.145,1	
Stadt Tornesch	D	-1.114,0	I	D	1.131,9	I	D	0,0	D	1.078,2	I	D	0,0	D	-4.390,7	I	D	-4.390,7	D	-3.287,5	S	-7.678,2	D	-3.283,2	S	D	-10.961,4	
Kreis Plön																												
Gemeinde Dersau	K	0,0	I	K	-38,7	I	K	-38,7	K	0,0	I	K	0,0	K	0,0	I	K	0,0	K	-105,5	I	K	-105,5	K	-59,5	I	K	-59,5
Gemeinde Heikendorf	D	-619,5	I	D	74,3	I	D	-545,1	D	681,6	I	D	0,0	D	-286,1	I	D	-286,1	D	-384,9	I	D	-671,0	D	-244,0	I	D	-914,9
Gemeinde Mönkeberg	D	-630,5	I	D	3,4	I	D	-627,2	D	-425,9	I	D	-1.053,0	D	-83,6	I	D	-1.136,6	D	-466,9	I	D	-1.603,5	D	1.170,4	I	D	-433,1
Stadt Plön	D	-2.889,3	I	D	422,0	I	D	-2.467,3	D	-618,6	I	D	-3.085,9	D	-1.212,1	S	-4.298,0	D	-1.856,7	S	-6.154,7	D	-2.049,9	S	D	-8.204,6		
Gemeinde Probsteierhagen	K	0,0	I	K	0,0	I	K	0,0	I	K	0,0	I	K	0,0	I	K	0,0	K	-147,1	I	K	-147,1	K	-24,7	I	K	-24,7	
Kreis Rendsburg-Eckernförde																												
--																												
Kreis Schleswig-Flensburg																												
Gemeinde Sieverstedt	D	-450,2	I	D	-344,7	I	D	-795,0	D	-5,9	I	D	-800,8	D	281,3	I	D	-519,5	D	79,5	I	D	-440,1	D	-218,5	S	D	-658,6
Kreis Segeberg																												
Stadt Bad Segeberg	D	-15.738,2	I	D	7.227,0	I	D	-8.511,2	D	5.828,9	I	D	-2.682,3	D	5.084,3	I	D	0,0	D	-797,6	I	D	-797,6	D	-295,1	S	D	-1.092,7
Kreis Steinburg																												
Gemeinde Breitenburg	D	0,0	I	D	-80,2	I	D	-80,2	D	-88,1	I	D	-168,3	D	-26,8	I	D	-195,1	D	-849,7	I	D	-1.044,8	D	4,1	I	D	-1.040,7
Gemeinde Lägerdorf	D	-1.870,7	I	D	-304,2	I	D	-2.174,9	D	424,6	I	D	-1.750,4	D	-121,3	I	D	-1.871,6	D	-41,1	I	D	-1.912,7	D	1.427,0	I	D	-485,7
Gemeinde Oelisdorf	D	-68,8	I	D	51,0	I	D	-17,8	D	-61,1	I	D	-78,9	D	-30,2	I	D	-109,1	D	-182,7	I	D	-291,8	D	-344,9	S	D	-636,7
Gemeinde Rethwisch	D	0,0	I	D	-59,6	I	D	-59,6	D	538,1	I	D	0,0	D	-141,2	I	D	-141,2	D	28,4	I	D	-112,8	D	-201,4	S	D	-314,2
Stadt Wilster	D	-5.228,7	I	D	1.631,8	I	D	-3.596,9	D	856,0	I	D	-2.741,0	D	121,4	I	D	-2.619,6	D	407,9	I	D	-2.211,7	D	-972,5	S	D	-3.184,2
Kreis Stormarn																												
--																												

I: Ist-Zahlen
S: Soll-Zahlen
D: Doppischer Haushalt
K: Kameraler Haushalt

Negative freie Finanzspielräume entsprechen den Fehlbeträgen bzw. dem Fehlbedarf; die aufgelaufenen Defizite entsprechen bei den doppischen Haushalten den kameral aufgelaufenen Defiziten unter Berücksichtigung der doppischen Ergebnisse in den Folgejahren.

* Kreisangehörige Gemeinden, die nach § 12 FAG eine Fehlbetragszuweisung für 2018 erhalten haben bzw. gegebenenfalls erhalten werden (bei fehlendem Jahresabschluss 2018).

**Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse, Jahresabschlüsse und aufgelaufenen Defizite in T€
für kreisangehörige Fehlbetragsgemeinden* in der Zuständigkeit der Kreise (bis 80.000 € anerkannter Fehlbetrag)**

Stand: 5. Juni 2020

	2014		2015		2016		2017		2018		2019										
	auf-gelaufen		Rech-nung	auf-gelaufen	Rech-nung	auf-gelaufen	Rech-nung	auf-gelaufen	Rech-nung	auf-gelaufen	Rech-nung	auf-gelaufen									
Kreis Dithmarschen																					
Offenbüttel	0,0	I D	24,4	I	0,0	D	41,3	I	0,0	D	-34,6	I	-34,6	D	64,8	I	0,0	D	18,8	S	0,0
Osterrade	0,0	I D	32,4	I	0,0	D	-63,7	S	-63,7	D	71,0	S	0,0	D	-74,4	S	-74,4	D	54,8	S	-19,6
Sarzbüttel	0,0	I D	20,9	I	0,0	D	-95,3	S	-95,3	D	-90,0	S	-185,3	D	-154,5	S	-339,8	D	-177,5	S	-517,3
Schrum	0,0	I D	-17,5	I	-17,5	D	-23,7	S	-41,2	D	-28,2	S	-69,4	D	1,7	S	-67,7	D	-8,9	S	-76,6
Windbergen	-19,4	I D	28,6	I	0,0	D	-117,5	I	-117,5	D	9,3	I	-108,3	D	49,9	I	-58,3	D	-191,2	S	-249,5
Arkebek	0,0	I D	2,1	I	0,0	D	-92,8	I	-92,8	D	26,8	I	-66,1	D	71,0	I	0,0	D	-65,0	S	-65,0
Busenwurth	0,0	I D	105,7	I	0,0	D	0,0	I	0,0	D	56,0	I	0,0	D	-276,4	S	-276,4	D	-150,5	S	-426,9
Kreis Herzogtum Lauenburg																					
--																					
Kreis Nordfriesland																					
Achtrup	0,0	I D	64,4	I	0,0	D	-21,1	I	-21,1	D	87,9	I	0,0	D	-79,3	I	-79,3	D	153,4	I	0,0
Bargum	22,2	I D	-21,9	I	0,0	D	-46,7	I	-46,7	D	-60,5	I	-107,2	D	72,1	I	-35,1	D	-47,1	S	-82,2
Bramstedtlund	0,0	I D	-38,4	I	-38,4	D	15,8	I	-22,6	D	34,8	I	0,0	D	-32,6	I	-32,6	D	56,2	I	0,0
Goldelund	0,0	I D	-31,5	I	-31,5	D	58,8	I	0,0	D	160,5	I	0,0	D	-28,0	I	-28,0	D	-88,1	S	-116,1
Högel	0,0	I D	75,9	I	0,0	D	-52,1	I	-52,1	D	146,2	I	0,0	D	70,3	I	0,0	D	-45,7	S	-45,7
Katharinenheerd	3,2	I D	-34,1	I	-30,9	D	-49,4	I	-80,3	D	-149,7	I	-230,0	D	-47,9	S	-277,9	D	-36,2	S	-314,1
Kotzenbüll	-104,8	I D	6,8	I	-98,0	D	-32,6	I	-130,6	D	15,8	I	-114,8	D	-113,4	S	-228,2	D	-111,6	S	-339,8
Osterhever	-39,3	I D	11,7	I	-27,6	D	-7,6	S	-35,2	D	-121,5	S	-156,7	D	-66,4	S	-223,1	D	-73,9	S	-297,0
Ramstedt	0,0	I D	54,3	I	0,0	D	13,8	I	0,0	D	13,5	I	0,0	D	-16,9	I	-16,9	D	58,7	I	0,0
Sprakebüll	0,0	I D	121,8	I	0,0	D	8,4	I	0,0	D	323,1	I	0,0	D	-74,4	I	-74,4	D	276,8	I	0,0
Süderhöft	13,7	I D	-4,0	I	0,0	D	0,2	I	0,0	D	-2,1	I	-2,1	D	-3,7	I	-5,8	D	-21,6	I	-27,4
Kreis Ostholstein																					
Gemeinde Göhl	239,1	I K	10.829,0	I	0,0	K	-51,3	I	-51,3	K	-67,5	I	-67,5	K	-91,1	I	-91,1	K	-158,6	S	-158,6
Kreis Pinneberg																					
--																					
Kreis Plön																					
Bendfeld	-32,1	I K	-21,5	I	-21,5	K	-55,1	I	-55,1	K	-25,9	I	-25,9	K	-21,9	I	-21,9	K	-141,1	I	-141,1
Krummbek	11,3	I K	1,0	I	0,0	K	17,5	I	0,0	K	9,4	I	0,0	K	-48,1	I	-48,1	K	14,2	I	0,0
Lutterbek	-18,9	I K	-16,5	I	-16,5	K	-67,2	I	-67,2	K	-14,3	I	-14,3	K	-45,5	I	-45,5	K	-27,8	I	-27,8
Kreis Rendsburg-Eckernförde																					
--																					
Kreis Schleswig-Flensburg																					
Meyn		I D	-50,6	I	-50,6	D	-97,9	I	-148,5	D	-184,3	I	-332,8	D	-39,9	I	-372,7	D	-241,6	S	-614,3
Schaalby	0,0	I D	-22,9	I	-22,9	D	-19,0	I	-41,9	D	122,7	I	0,0	D	-11,4	I	-11,4	D	54,7	S	0,0
Süderhackstedt	-73,5	I K	-7,4	I	-80,9	K	-37,0	I	-37,0	K	0,0	I	0,0	K	-69,3	I	-69,3	K	-7,3	I	-76,6
Kreis Segeberg																					
Schmalensee	-284,3	I D	-24,1	I	-308,4	D	-2,2	I	-310,6	D	-30,5	I	-341,1	D	-78,6	I	-419,7	D	-10,1	S	-429,8
Kreis Steinburg																					
Auufur	4,2	I D	-6,1	I	-1,9	D	88,1	I	0,0	D	-8,5	I	-8,5	D	-39,0	I	-47,5	D	-23,4	S	-70,9
Krempe	-463,4	I D	157,2	I	-306,2	D	682,4	I	0,0	D	-225,2	I	-225,2	D	-70,0	I	-295,2	D	-379,5	S	-674,7
Krempermoor	-54,5	I D	-3,6	I	-58,1	D	-96,5	I	-154,6	D	-10,0	I	-164,6	D	-44,3	I	-208,8	D	-32,8	S	-241,6
Kudensee	-84,0	I D	-14,2	I	-98,2	D	7,4	I	-90,8	D	14,3	I	-76,5	D	-20,1	I	-96,6	D	-54,7	S	-151,3
Peissen	-190,6	I D	-32,1	I	-222,7	D	-47,8	I	-270,5	D	5,6	I	-264,9	D	22,7	I	-242,1	D	-82,3	S	-324,4
Kreis Stormarn																					
--																					

I: Ist-Zahlen
S: Soll-Zahlen
D: Doppischer Haushalt
K: Kameraler Haushalt

weiß hinterlegt
grau hinterlegt

Negative freie Finanzspielräume entsprechen den Fehlbeträgen bzw. dem Fehlbedarf; die aufgelaufenen Defizite entsprechen bei den doppischen Haushalten den kameral aufgelaufenen Defiziten unter Berücksichtigung der doppischen Ergebnisse in den Folgejahren.

* Kreisangehörige Gemeinden, die nach § 12 FAG eine Fehlbetragszuweisung für 2018 erhalten haben bzw. gegebenenfalls erhalten werden (bei fehlendem Jahresabschluss 2018).

Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme in Mio. €

	31.12.2011			31.12.2012			31.12.2013			31.12.2014			31.12.2015			31.12.2016			31.12.2017			31.12.2018			31.12.2019		
	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme	Bilanzsumme	Eigenkapital	Anteil EK an Bilanzsumme
Dithmarschen	324,4	32,8	10,1%	327,5	37,5	11,4%	323,1	40,2	12,4%	327,3	47,1	14,4%	317,1	61,3	19,3%	317,1	66,6	21,0%	340,2	89,8	26,4%	339,9	98,5	29,0%			
Herzogtum Lauenburg	222,3	36,7	16,5%	233,8	35,5	15,2%	239,1	34,1	14,2%	244,0	42,8	17,5%	257,0	54,3	21,1%	260,0	61,5	23,7%	273,0	79,9	29,3%	288,3	95,5	33,1%			
Nordfriesland	235,0	-4,4	-1,9%	236,8	-7,8	-3,3%	231,2	-7,7	-3,3%	239,0	-8,2	-3,4%	236,7	-5,1	-2,2%	242,1	-5,8	-2,4%	243,5	8,4	3,4%	245,1	22,7	9,3%			
Ostholstein	216,2	-39,4	-18,2%	217,8	-41,8	-19,2%	233,1	-40,3	-17,3%	211,7	-28,3	-13,3%	207,2	-21,1	-10,2%	209,8	-14,3	-6,8%	206,9	7,2	3,5%	235,9	29,2	12,4%			
Pinneberg	240,2	-47,5	-19,8%	238,4	-46,3	-19,4%	239,8	-44,4	-18,5%	247,9	-38,2	-15,4%	261,6	-30,6	-11,7%	267,3	-29,7	-11,1%	255,7	-8,5	-3,3%						
Plön	172,4	-13,2	-7,7%	171,3	-15,6	-9,1%	175,7	-10,7	-6,1%	168,4	-6,4	-3,8%	171,5	-6,4	-3,7%	168,0	8,5	5,1%	175,0	15,0	8,6%	171,7	19,6	11,4%			
Rendsburg-Eckernförde	224,6	40,9	18,2%	224,3	38,5	17,2%	220,5	39,8	18,0%	227,8	38,4	16,9%	227,5	44,2	19,4%	217,4	39,5	18,2%	239,4	51,9	21,7%	284,4	71,9	25,3%			
Schleswig-Flensburg	253,8	-65,3	-25,7%	222,7	-68,5	-30,8%	250,7	-50,1	-20,0%	244,1	-37,8	-15,5%	252,6	-30,0	-11,9%	252,2	-20,1	-8,0%	250,8	-1,6	-0,6%	270,7	27,6	10,2%			
Segeberg	161,4	5,4	3,3%	156,2	4,5	2,9%	159,5	12,4	7,8%	157,9	20,4	12,9%	164,6	25,8	15,7%	166,6	20,4	12,2%	238,6	52,8	22,1%	243,7	69,0	28,3%	283,9	79,7	28,1%
Steinburg*	232,3	73,2	31,5%	221,5	64,1	28,9%	219,2	57,8	26,4%	232,4	63,1	27,2%	234,5	69,2	29,5%	235,4	68,1	28,9%	244,4	79,4	32,5%	249,8	77,0	30,8%	261,5	78,6	30,1%
Stormarn*	179,1	36,4	20,3%	190,8	48,0	25,2%	196,7	55,7	28,3%	205,6	71,5	34,8%	197,8	66,1	33,4%	203,4	66,1	32,5%	222,9	84,9	38,1%	244,6	93,0	38,0%	263,9	104,4	39,5%
Kreise	2.461,8	55,6	2,3%	2.441,1	47,9	2,0%	2.488,6	86,8	3,5%	2.506,2	172,5	6,9%	2.528,1	227,9	9,0%	2.539,3	261,0	10,3%	2.690,4	459,3	17,1%	2.574,3	604,0	23,5%	809,2	262,6	32,5%
Flensburg		K			K			K		349,2	38,1	10,9%	348,9	41,6	11,9%	358,2	32,0	8,9%	350,9	33,9	9,7%	351,1	33,1	9,4%	351,2	28,8	8,2%
Kiel	1.653,0	353,3	21,4%	1.667,0	263,8	15,8%	1.694,0	222,0	13,1%	1.672,4	163,8	9,8%	1.662,7	160,5	9,7%	1.674,7	173,7	10,4%	1.721,2	208,2	12,1%	1.743,1	292,7	16,8%	1.802,8	296,9	16,5%
Lübeck	1.470,4	-73,3	-5,0%	1.513,2	-88,2	-5,8%	1.553,7	-95,7	-6,2%	1.547,4	-95,8	-6,2%	1.550,6	-92,4	-6,0%	1.492,6	-36,3	-2,4%	1.471,8	44,3	3,0%	1.543,5	144,5	9,4%			
Neumünster	497,5	89,7	18,0%	505,4	91,6	18,1%	513,0	93,0	18,1%	518,4	100,3	19,3%	534,8	106,1	19,8%	534,5	124,8	23,3%	589,7	163,7	27,8%	595,9	172,3	28,9%			
kreisfreie Städte	3.620,8	369,8	10,2%	3.685,6	267,3	7,3%	3.760,8	219,4	5,8%	4.087,3	206,4	5,0%	4.097,0	215,7	5,3%	4.060,0	294,2	7,2%	4.133,6	450,2	10,9%	4.233,6	642,6	15,2%	2.154,0	325,7	15,1%
Ahrensburg	199,9	104,4	52,2%	200,5	106,6	53,2%	199,0	109,8	55,2%	203,2	111,3	54,7%	202,4	109,7	54,2%	202,3	108,6	53,7%	213,5	121,2	56,8%	217,1	127,5	58,7%			
Bad Oldesloe	177,1	105,7	59,7%	191,1	112,0	58,6%	185,2	112,6	60,8%	189,1	114,1	60,3%	191,3	117,0	61,2%	190,8	112,7	59,0%	187,0	111,7	59,7%	189,3	115,3	60,9%			
Bad Schwartau	93,7	62,8	67,0%	92,2	61,3	66,5%	91,7	61,3	66,9%	91,8	62,4	68,0%	94,3	64,7	68,6%	92,3	63,5	68,8%	92,8	64,0	69,0%	92,5	63,3	68,5%			
Eckernförde	126,4	66,3	52,5%	121,5	63,5	52,3%	123,8	64,7	52,3%	122,2	66,0	54,0%	121,5	65,1	53,6%	129,9	65,1	50,1%	131,5	68,3	52,0%	133,3	69,6	52,2%	136,5	73,8	54,0%
Elmshorn	260,9	76,3	29,3%	280,3	73,2	26,1%	292,1	70,3	24,1%	300,4	68,6	22,8%	311,9	73,2	23,5%	315,9	72,7	23,0%	320,8	79,5	24,8%	327,4	86,4	26,4%			
Geesthacht	199,9	152,1	76,1%	202,7	149,5	73,7%	208,5	152,6	73,2%	207,7	152,6	73,5%	199,2	145,0	72,8%	193,7	134,6	69,5%	192,4	137,5	71,5%	195,2	140,4	71,9%			
Heide	92,2	23,7	25,7%	90,9	21,6	23,7%	90,4	19,5	21,5%	84,3	14,9	17,6%	89,1	20,4	22,9%	94,5	24,6	26,0%	93,6	27,9	29,8%	92,1	27,5	29,8%	99,1	32,0	32,3%
Husum	203,1	85,6	42,1%	200,4	81,5	40,7%	200,4	81,4	40,6%	198,2	81,3	41,0%	200,6	82,4	41,0%	211,6	86,2	40,7%	215,5	90,7	42,1%	211,9	93,5	44,1%			
Itzehoe	192,0	89,9	46,8%	194,1	87,4	45,0%	199,0	89,0	44,7%	203,6	89,2	43,8%	207,8	91,5	44,0%	210,0	93,7	44,6%	215,4	98,5	45,7%	214,3	102,4	47,8%			
Kaltenkirchen		K			K			K					160,4	39,2	24,4%	170,6	39,8	23,3%	180,7	46,5	25,7%						
Norderstedt	569,9	240,4	42,2%	581,3	240,5	41,4%	589,3	240,0	40,7%	606,2	238,6	39,4%	630,0	239,1	38,0%	645,2	242,2	37,5%	674,6	245,6	36,4%	702,5	269,6	38,4%	698,4	267,0	38,2%
Pinneberg	195,1	47,5	24,4%	195,6	51,2	26,2%	198,0	53,6	27,1%	207,5	62,5	30,1%	207,2	60,4	29,1%	214,6	70,1	32,7%	228,5	75,4	33,0%	236,7	71,7	30,3%			
Quickborn	138,5	68,5	49,5%	165,4	66,1	40,0%	164,7	66,9	40,6%	167,8	66,9	39,9%	169,3	67,9	40,1%	169,5	68,5	40,4%	171,9	68,2	39,7%	182,6	67,5	37,0%			
Reinbek	100,6	26,0	25,8%	102,7	29,2	28,5%	107,5	33,4	31,1%	107,7	36,6	34,0%	113,9	39,6	34,8%	116,8	43,9	37,6%	117,6	47,2	40,1%	122,6	54,7	44,6%			
Rendsburg		K			K			K																			
Schleswig	139,7	64,4	46,1%	145,4	64,8	44,6%	147,8	60,8	41,1%	142,9	56,7	39,7%	146,5	59,8	40,8%	148,3	64,2	43,3%	151,7	67,6	44,5%	153,8	68,4	44,4%			
Wedel	204,0	83,5	40,9%	211,9	66,3	31,3%	205,3	59,1	28,8%	223,5	53,7	24,0%	222,1	53,9	24,3%	231,3	54,0	23,3%	239,3	56,7	23,7%	236,2	52,3	22,1%			
kreisangeh. Städte über 20.000 Ew.	2.893,0	1.297,1	44,8%	2.975,9	1.274,8	42,8%	3.002,6	1.275,0	42,5%	3.056,1	1.275,4	41,7%	3.267,6	1.328,9	40,7%	3.337,2	1.344,1	40,3%	3.426,8	1.406,7	41,0%	3.307,5	1.410,0	42,6%	934,0	372,7	39,9%
Summe	8.975,6	1.722,5	19,2%	9.102,6	1.590,0	17,5%	9.252,0	1.581,2	17,1%	9.649,6	1.654,3	17,1%	9.892,7	1.772,4	17,9%	9.936,6	1.899,3	19,1%	10.250,7	2.316,2	22,6%	10.115,4	2.656,6	26,3%	3.897,2	961,0	24,7%

*Umstellung der Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde im JA 2019 ergebnisneutral berücksichtigt.

**Entwicklung der Kassenkredite der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2005 bis 2018**

	2005		2006		2007		2008		2009		2010		2011	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	248	23	208	19	93	9	92	9	444	41	340	32	223	21
Bayern	223	18	411	33	205	16	210	17	199	16	388	31	383	31
Brandenburg	661	258	748	293	766	301	609	241	618	246	726	290	803	321
Hessen	2.662	437	3.208	528	3.128	515	3.204	528	3.747	618	4.959	818	6.415	1.057
Mecklenburg-Vorpommern	197	115	477	280	547	323	497	297	484	292	506	308	552	337
Niedersachsen	4.032	504	4.495	562	4.164	522	4.091	513	4.534	571	5.047	636	4.981	629
Nordrhein-Westfalen	10.531	583	12.518	694	13.744	762	14.606	813	17.240	963	20.202	1.131	22.141	1.241
Rheinland-Pfalz	2.756	679	3.020	745	3.285	811	3.694	915	4.628	1.152	5.383	1.343	5.775	1.444
Saarland	1.027	976	1.060	1.013	1.159	1.109	1.240	1.200	1.385	1.351	1.655	1.623	1.801	1.773
Sachsen	115	27	137	32	108	25	43	10	64	15	53	13	52	13
Sachsen-Anhalt	801	323	958	390	971	397	969	404	982	415	987	421	992	426
Schleswig-Holstein	550	194	521	184	496	175	447	158	519	183	654	231	774	273
Thüringen	82	35	102	44	109	47	99	43	99	44	164	73	146	65
Flächenländer	23.885	312	27.863	364	28.775	375	29.801	391	34.943	460	41.064	541	45.038	594

	2012 ¹		2013 ¹		2014 ¹		2015 ¹		2016 ¹		2017 ¹		2018 ¹	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	181	17	179	17	197	18	210	19	225	21	214	19	259	23
Bayern	262	21	244	19	270	21	199	16	188	15	180	14	182	14
Brandenburg	780	318	801	327	778	317	752	305	787	317	801	321	724	289
Hessen	7.513	1.252	6.623	1.099	6.401	1.055	6.522	1.066	6.257	1.013	5.709	917	544	87
Mecklenburg-Vorpommern	636	397	669	419	726	455	750	469	666	413	988	613	904	562
Niedersachsen	4.585	589	3.803	488	3.351	429	2.907	370	2.339	295	2.034	255	1.916	240
Nordrhein-Westfalen	23.708	1.351	25.302	1.442	26.395	1.500	26.369	1.491	26.510	1.484	24.056	1.344	23.063	1.287
Rheinland-Pfalz	6.129	1.536	6.834	1.713	7.136	1.784	7.443	1.851	7.578	1.870	7.381	1.813	7.301	1.790
Saarland	1.890	1.898	1.969	1.985	2.005	2.026	2.094	2.117	2.180	2.190	2.061	2.070	1.941	1.956
Sachsen	94	23	100	25	95	23	96	24	122	30	122	30	93	23
Sachsen-Anhalt	1.085	479	1.113	495	1.395	623	1.429	641	1.471	655	1.385	621	1.379	623
Schleswig-Holstein	916	327	760	271	787	279	700	246	1.175	411	1.200	416	1.121	387
Thüringen	168	77	210	97	212	98	180	84	159	73	123	57	89	41
Flächenländer	47.947	642	48.606	650	49.748	663	49.651	657	49.659	652	46.254	604	39.515	515

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1
Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011
Stand: 09.08.2019

**Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2005 bis 2018**

	2005		2006		2007 ¹		2008 ¹		2009 ¹		2010 ¹		2011	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	7.353	685	7.208	671	6.697	623	6.092	566	5.903	549	6.327	589	6.483	603
Bayern	15.565	1.250	15.420	1.236	14.819	1.186	13.843	1.106	13.802	1.104	14.057	1.123	13.738	1.095
Brandenburg	1.698	663	1.666	653	1.661	652	1.632	645	1.555	618	1.496	597	1.425	570
Hessen	9.301	1.527	9.220	1.517	9.095	1.498	8.860	1.460	9.358	1.544	10.276	1.695	10.631	1.752
Mecklenburg-Vorpommern	2.334	1.362	2.243	1.319	2.233	1.317	2.139	1.279	2.051	1.238	1.999	1.214	1.889	1.153
Niedersachsen	7.981	997	7.838	980	7.670	961	7.407	930	7.601	957	7.592	957	7.936	1.003
Nordrhein-Westfalen	24.752	1.371	24.225	1.343	23.590	1.308	23.579	1.312	23.330	1.304	23.052	1.291	22.667	1.271
Rheinland-Pfalz	4.764	1.174	4.880	1.204	4.834	1.193	4.813	1.192	4.973	1.237	5.157	1.287	5.398	1.350
Saarland	902	857	972	928	968	926	973	941	1.005	980	1.066	1.045	1.084	1.067
Sachsen	5.030	1.174	4.159	976	3.943	927	3.683	876	3.411	817	3.296	794	3.246	783
Sachsen-Anhalt	3.313	1.334	3.204	1.304	3.052	1.248	2.920	1.218	2.804	1.184	2.663	1.136	2.450	1.052
Schleswig-Holstein	2.814	995	2.822	997	2.710	956	2.558	902	2.632	930	2.816	995	2.913	1.027
Thüringen	2.823	1.204	2.721	1.171	2.596	1.121	2.456	1.078	2.344	1.039	2.268	1.012	2.167	971
Flächenländer	88.632	1.156	86.580	1.131	83.889	1.094	80.955	1.061	80.769	1.063	82.065	1.082	82.027	1.082

	2012 ²		2013 ²		2014 ²		2015 ²		2016 ²		2017 ²		2018 ²	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	6.406	608	6.185	584	5.896	552	5.949	552	6.142	565	5.944	541	5.797	525
Bayern	13.394	1.074	12.722	1.014	12.570	995	12.255	962	12.018	936	11.726	904	11.256	863
Brandenburg	1.332	544	1.262	516	1.193	487	1.125	456	1.067	429	1.019	408	959	383
Hessen	11.308	1.884	11.526	1.913	11.767	1.940	11.698	1.913	11.663	1.888	11.654	1.871	12.332	1.973
Mecklenburg-Vorpommern	1.818	1.134	1.762	1.103	1.660	1.039	1.607	1.004	1.525	946	1.472	914	1.411	877
Niedersachsen	8.426	1.082	8.564	1.099	8.814	1.128	9.043	1.150	9.508	1.200	9.863	1.239	10.965	1.374
Nordrhein-Westfalen	22.686	1.293	22.266	1.269	22.354	1.271	22.390	1.266	23.310	1.305	23.088	1.290	23.043	1.286
Rheinland-Pfalz	5.514	1.382	5.645	1.415	5.755	1.438	5.774	1.436	5.955	1.469	5.944	1.460	6.983	1.712
Saarland	1.166	1.171	1.212	1.222	1.327	1.341	1.350	1.365	1.385	1.391	1.462	1.469	1.477	1.489
Sachsen	3.152	779	3.053	755	2.881	712	2.799	690	2.681	656	2.507	615	2.329	571
Sachsen-Anhalt	2.258	996	2.042	908	1.864	833	1.702	763	1.578	703	1.477	662	1.382	624
Schleswig-Holstein	2.939	1.048	3.154	1.123	3.261	1.156	3.405	1.199	3.524	1.233	3.515	1.218	3.555	1.229
Thüringen	2.104	967	2.029	938	1.897	880	1.804	837	1.757	809	1.616	750	1.495	697
Flächenländer	82.503	1.105	81.422	1.074	81.239	1.082	80.901	1.071	82.112	1.078	81.287	1.062	82.983	1.081

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1
Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ Hinweis zur Schuldenentwicklung

2007: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Immobilienmanagement" hat die Stadt Flensburg 114,2 Mio. € dorthin ausgelagert.

2008: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Infrastruktur" hat die Stadt Flensburg 89 Mio. € dorthin ausgelagert, der Kreis Segeberg hat mit Gründung des Eigenbetriebes "Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg" 56 Mio. € dorthin ausgelagert.

2009: Mit der Einbeziehung der Gebäude des Westküstenklinikums in den Haushalt des Kreises Dithmarschen hat sich dessen Schuldenstand entsprechend erhöht.

² Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 12.08.2019

**Entwicklung der Kassenkredite der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2004 bis 2018**

	2004		2005		2006		2007		2008		2009		2010	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	256	24	248	23	208	19	93	9	92	9	444	41	340	32
Bayern	291	23	223	18	411	33	205	16	210	17	199	16	388	31
Brandenburg	565	220	661	258	748	293	766	301	609	241	618	246	726	290
Hessen	2.129	350	2.662	437	3.208	528	3.128	515	3.204	528	3.747	618	4.959	818
Mecklenburg-Vorpommern	224	130	197	115	477	280	547	323	497	297	484	292	506	308
Niedersachsen	3.537	442	4.032	504	4.495	562	4.164	522	4.091	513	4.534	571	5.047	636
Nordrhein-Westfalen	8.461	468	10.531	583	12.518	694	13.744	762	14.606	813	17.240	963	20.202	1.131
Rheinland-Pfalz	2.324	573	2.756	679	3.020	745	3.285	811	3.694	915	4.628	1.152	5.383	1.343
Saarland	979	924	1.027	976	1.060	1.013	1.159	1.109	1.240	1.200	1.385	1.351	1.655	1.623
Sachsen	107	25	115	27	137	32	108	25	43	10	64	15	53	13
Sachsen-Anhalt	549	219	801	323	958	390	971	397	969	404	982	415	987	421
Schleswig-Holstein	436	154	550	194	521	184	496	175	447	158	519	183	654	231
Thüringen	78	33	82	35	102	44	109	47	99	43	99	44	164	73
Flächenländer	19.936	260	23.885	312	27.863	364	28.775	375	29.801	391	34.943	460	41.064	541

	2011		2012 ¹		2013 ¹		2014 ¹		2015 ¹		2016 ¹		2017 ¹		2018 ¹	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	223	21	181	17	179	17	197	18	210	19	225	21	214	19	259	23
Bayern	383	31	262	21	244	19	270	21	199	16	188	15	180	14	182	14
Brandenburg	803	321	780	318	801	327	778	317	752	305	787	317	801	321	724	289
Hessen	6.415	1.057	7.513	1.252	6.623	1.099	6.401	1.055	6.522	1.066	6.257	1.013	5.709	917	544	87
Mecklenburg-Vorpommern	552	337	636	397	669	419	726	455	750	469	666	413	988	613	904	562
Niedersachsen	4.981	629	4.585	589	3.803	488	3.351	429	2.907	370	2.339	295	2.034	255	1.916	240
Nordrhein-Westfalen	22.141	1.241	23.708	1.351	25302	1.442	26.395	1.500	26.369	1.491	26.510	1.484	24.056	1.344	23.063	1.287
Rheinland-Pfalz	5.775	1.444	6.129	1.536	6.834	1.713	7.136	1.784	7.443	1.851	7.578	1.870	7.381	1.813	7.301	1.790
Saarland	1.801	1.773	1.890	1.898	1.969	1.985	2.005	2.026	2.094	2.117	2.180	2.190	2.061	2.070	1.941	1.956
Sachsen	52	13	94	23	100	25	95	23	96	24	122	30	122	30	93	23
Sachsen-Anhalt	992	426	1.085	479	1.113	495	1.395	623	1.429	641	1.471	655	1.385	621	1.379	623
Schleswig-Holstein	774	273	916	327	760	271	787	279	700	246	1.175	411	1.200	416	1.121	387
Thüringen	146	65	168	77	210	97	212	98	180	84	159	73	123	57	89	41
Flächenländer	45.038	594	47.947	642	48.606	650	49.748	663	49.651	657	49.659	652	46.254	604	39.515	535

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1
Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 13.08.2019

**Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2004 bis 2018**

	2004		2005		2006		2007 ¹		2008 ¹		2009 ¹		2010 ¹	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	7.584	708	7.601	708	7.416	690	6.790	632	6.184	575	6.347	591	6.667	621
Bayern	15.912	1.280	15.788	1.268	15.831	1.269	15.024	1.202	14.053	1.123	14.001	1.120	14.445	1.154
Brandenburg	2.403	935	2.359	921	2.414	946	2.427	953	2.241	886	2.173	864	2.222	887
Hessen	11.310	1.858	11.963	1.964	12.428	2.045	12.223	2.013	12.064	1.988	13.105	2.163	15.235	2.513
Mecklenburg-Vorpommern	2.615	1.515	2.531	1.477	2.720	1.599	2.780	1.640	2.636	1.576	2.535	1.530	2.505	1.522
Niedersachsen	11.706	1.463	12.013	1.501	12.333	1.542	11.834	1.483	11.498	1.443	12.135	1.527	12.639	1.593
Nordrhein-Westfalen	33.037	1.828	35.283	1.954	36.743	2.037	37.334	2.070	38.185	2.125	40.570	2.267	43.254	2.422
Rheinland-Pfalz	7.026	1.732	7.520	1.853	7.900	1.949	8.119	2.004	8.507	2.106	9.601	2.389	10.540	2.630
Saarland	1.882	1.777	1.929	1.833	2.032	1.941	2.127	2.035	2.213	2.141	2.390	2.331	2.721	2.668
Sachsen	5.301	1.231	5.145	1.201	4.296	1.008	4.051	952	3.726	886	3.475	832	3.349	807
Sachsen-Anhalt	3.930	1.565	4.114	1.657	4.162	1.694	4.023	1.645	3.889	1.622	3.786	1.599	3.650	1.557
Schleswig-Holstein	3.223	1.140	3.364	1.189	3.343	1.181	3.206	1.131	3.005	1.060	3.151	1.113	3.470	1.225
Thüringen	2.978	1.259	2.905	1.239	2.823	1.215	2.705	1.168	2.555	1.122	2.443	1.082	2.432	1.085
Flächenländer	108.906	1.420	112.517	1.467	114.443	1.495	112.664	1.469	110.756	1.452	115.712	1.523	123.129	1.623

	2011		2012 ²		2013 ²		2014 ²		2015 ²		2016 ²		2017 ²		2018 ²	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	6.706	624	6.587	625	6.364	601	6.093	571	6.159	571	6.367	585	6.158	560	6.055	548
Bayern	14.121	1.126	13.656	1.095	12.966	1.033	12.840	1.016	12.454	977	12.206	950	11.906	918	11.439	877
Brandenburg	2.228	891	2.112	862	2.063	843	1.971	804	1.877	762	1.854	746	1.820	729	1.682	671
Hessen	17.046	2.808	18.821	3.135	18.149	3.012	18.168	2.996	18.220	2.979	17.920	2.901	17.363	2.787	12.876	2.060
Mecklenburg-Vorpommern	2.441	1.490	2.454	1.531	2.431	1.522	2.386	1.494	2.357	1.473	2.191	1.359	2.460	1.527	2.315	1.438
Niedersachsen	12.917	1.632	13.011	1.671	12.367	1.588	12.165	1.557	11.950	1.520	11.847	1.495	11.897	1.494	12.881	1.614
Nordrhein-Westfalen	44.808	2.512	46.394	2.645	47.568	2.711	48.749	2.771	48.759	2.757	49.820	2.789	47.144	2.635	46.106	2.574
Rheinland-Pfalz	11.173	2.794	11.643	2.919	12.479	3.129	12.891	3.222	13.217	3.287	13.533	3.339	13.325	3.274	14.284	3.503
Saarland	2.885	2.840	3.056	3.069	3.181	3.207	3.332	3.368	3.444	3.481	3.565	3.581	3.523	3.539	3.417	3.444
Sachsen	3.298	796	3.246	802	3.153	780	2.976	736	2.895	714	2.803	686	2.629	645	2.422	594
Sachsen-Anhalt	3.442	1.478	3.343	1.475	3.155	1.403	3.259	1.456	3.131	1.403	3.049	1.358	2.862	1.284	2.761	1.247
Schleswig-Holstein	3.687	1.300	3.855	1.375	3.914	1.394	4.048	1.435	4.105	1.445	4.699	1.644	4.715	1.633	4.675	1.616
Thüringen	2.313	1.036	2.272	1.045	2.239	1.035	2.109	978	1.984	921	1.916	883	1.739	808	1.584	738
Flächenländer	127.065	1.676	130.450	1.747	130.029	1.738	130.987	1.745	130.552	1.728	131.770	1.729	127.541	1.666	122.497	1.596

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1

Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ Hinweis zur Schuldenentwicklung

2007: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Immobilienmanagement" hat die Stadt Flensburg 114,2 Mio. € dorthin ausgelagert.

2008: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Infrastruktur" hat die Stadt Flensburg 89 Mio. € dorthin ausgelagert, der Kreis Segeberg hat mit Gründung des Eigenbetriebes "Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg" 56 Mio. € dorthin ausgelagert.

2009: Mit der Einbeziehung der Gebäude des Westküstenklinikums in den Haushalt des Kreises Dithmarschen hat sich dessen Schuldenstand entsprechend erhöht.

² Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 13.08.2019

**Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände einschl. Extrahaushalte der Flächenländer - 2010 bis 2018**

	2010		2011		2012 ¹		2013 ¹		2014		2015		2016 ¹		2017 ¹		2018 ¹	
	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.
Baden Württemberg	7.580	705	7.647	711	7.615	722	7.383	697	7.646	716	10.520	976	10.649	979	10.276	935	10.639	963
Bayern	15.503	1.238	15.184	1.211	14.811	1.187	14.341	1.143	14.378	1.138	14.664	1.151	14.228	1.108	13.787	1.062	13.367	1.025
Brandenburg	2.360	941	2.364	946	2.260	922	2.222	908	2.195	896	2.167	879	2.101	846	2.039	816	2.019	805
Hessen	16.418	2.708	18.266	3.010	20.140	3.355	19.535	3.242	20.288	3.345	20.566	3.363	19.772	3.201	18.662	2.996	14.509	2.321
Mecklenburg-Vorpommern	2.535	1.540	2.469	1.506	2.479	1.547	2.456	1.538	2.504	1.568	2.568	1.604	2.313	1.435	2.168	1.346	2.510	1.559
Niedersachsen	13.805	1.740	14.027	1.772	13.495	1.734	12.876	1.653	13.155	1.684	14.205	1.807	14.213	1.793	14.237	1.788	15.401	1.930
Nordrhein-Westfalen	48.374	2.710	49.988	2.802	51.231	2.920	51.627	2.942	53.627	3.048	56.938	3.220	57.341	3.210	55.019	3.075	54.367	3.035
Rheinland-Pfalz	11.129	2.777	11.868	2.967	11.940	2.993	12.919	3.239	13.685	3.421	14.317	3.560	14.600	3.602	14.701	3.612	15.655	3.839
Saarland	2.802	2.748	2.965	2.918	3.185	3.199	3.304	3.331	3.692	3.731	3.840	3.882	3.830	3.847	3.712	3.729	3.659	3.688
Sachsen	3.728	898	3.480	840	4.890	1.209	4.890	1.210	4.946	1.223	4.881	1.203	3.871	948	3.568	875	3.260	800
Sachsen-Anhalt	3.738	1.594	3.539	1.520	3.417	1.508	3.237	1.439	3.352	1.498	3.290	1.475	3.153	1.404	2.950	1.323	2.830	1.278
Schleswig-Holstein	3.715	1.312	4.169	1.469	4.347	1.550	4.414	1.572	4.546	1.612	4.657	1.639	5.290	1.850	5.339	1.849	5.355	1.851
Thüringen	2.469	1.102	2.345	1.051	2.302	1.058	3.194	1.476	3.091	1.433	2.971	1.379	2.980	1.373	3.087	1.433	2.851	1.329
Flächenländer	134.156	1.768	138.311	1.824	142.112	1.903	142.396	1.904	147.106	1.959	155.585	2.060	151.151	1.984	146.341	1.911	146.421	1.908

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 1.5.1

Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ ab 2012 Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 20.08.2019

Nach Mitteilung der Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände (VAK) beträgt der Barwert (berechnet nach der Teilwertmethode)

2010		2011		2012 ¹		2013		2014	
Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.
2.049	724	2.120	747	2.138	763	2.198	783	2.292	813
2015		2016 ¹		2017 ¹		2018 ¹			
Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.		
2.337	948	2.402	967	2.439	976	2.569	1.025		

Ab 2014 werden die Werte der kommunalen Zweckverbände, die Pflichtmitglieder der VAK sind, einbezogen.

**Entwicklung des Finanzvermögens der Gemeinden und Gemeindeverbände
der Flächenländer einschl. Extrahaushalte - 2010 bis 2018**

	2010		2011		2012 ¹		2013 ¹		2014 ¹		2015 ¹		2016 ¹		2017 ¹		2018 ¹	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	21.966	2.043	23.330	2.163	25.604	2.423	26.371	2.488	27.144	2.543	38.496	3.572	36.159	3.324	38.120	3.469	39.264	3.553
Bayern	23.228	1.853	24.212	1.922	25.516	2.038	27.392	2.183	29.457	2.331	33.241	2.608	37.399	2.912	38.972	3.003	39.292	3.013
Brandenburg	4.637	1.852	5.340	2.140	5.724	2.337	6.055	2.474	6.325	2.580	7.067	2.867	7.606	3.061	8.116	3.249	8.390	3.347
Hessen	14.000	2.308	13.718	2.252	14.410	2.395	15.146	2.514	16.911	2.788	18.308	2.993	18.631	3.017	19.318	3.101	18.403	2.944
Mecklenburg-Vorpommern	2.132	1.298	2.588	1.583	3.313	2.070	4.099	2.567	4.574	2.864	4.875	3.046	6.333	3.928	6.978	4.332	7.463	4.637
Niedersachsen	11.425	1.443	11.006	1.391	11.374	1.462	11.702	1.502	11.654	1.492	15.239	1.939	16.487	2.080	17.164	2.156	17.340	2.173
Nordrhein-Westfalen	44.794	2.510	46.163	2.587	46.904	2.672	46.267	2.637	44.558	2.533	51.904	2.935	54.212	3.034	57.679	3.223	56.227	3.139
Rheinland-Pfalz	8.156	2.037	8.682	2.171	9.169	2.298	9.695	2.431	10.499	2.624	11.717	2.914	12.413	3.063	13.069	3.211	13.313	3.265
Saarland	2.096	2.060	2.060	2.033	2.137	2.149	2.157	2.175	2.179	2.202	2.248	2.272	2.227	2.237	2.217	2.227	2.046	2.062
Sachsen	10.290	2.480	10.649	2.574	14.075	3.475	15.642	3.870	17.371	4.294	19.015	4.688	18.647	4.565	22.724	5.573	22.681	5.566
Sachsen-Anhalt	5.457	2.337	5.242	2.266	4.960	2.195	5.135	2.283	5.587	2.497	5.878	2.635	7.452	3.319	7.691	3.449	7.304	3.299
Schleswig-Holstein	3.081	1.087	3.287	1.158	3.523	1.255	3.657	1.302	3.749	1.329	4.489	1.580	4.776	1.671	5.311	1.840	5.313	1.837
Thüringen	5.429	2.429	6.314	2.843	6.298	2.902	6.442	2.977	8.035	3.726	7.764	3.603	8.087	3.726	8.267	3.839	12.431	5.794
Flächenländer	156.691	2.066	162.591	2.143	173.006	2.314	179.760	2.403	188.042	2.505	220.242	2.916	230.428	3.024	245.626	3.208	249.467	3.251

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 1
Reihe 5.1, Tabellenteil 8, Finanzvermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern zum 31.12. des .
¹ Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 14.10.2019

Anlage 8

Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen der Gemeinden und Gemeindeverbände - 2001 bis 2017

Flächenland	31.12.2001 €Ew.	31.12.2002 €Ew.	31.12.2003 €Ew.	31.12.2004 €Ew.	31.12.2005 €Ew.	31.12.2006 €Ew.	31.12.2007 €Ew.	31.12.2008 ¹ €Ew.	31.12.2009 €Ew.	31.12.2010 €Ew.	31.12.2011 €Ew.	31.12.2012 €Ew. ²	31.12.2013 €Ew. ²	31.12.2014 €Ew. ²	31.12.2015 €Ew. ²	31.12.2016 €Ew. ²	31.12.2017 €Ew. ²	31.12.2018 €Ew. ²
Baden-Würtemb.	352	361	1.564	352	460	613	888	448	356	477	560	591	600	613	620	635	653	660
Bayern	163	230	218	234	270	393	299	230	221	175	233	239	237	250	263	279	240	235
Brandenburg	288	274	276	273	271	263	246	215	208	219	210	211	199	166	159	153	143	132
Hessen	337	396	398	398	430	456	510	507	537	623	682	701	800	800	790	763	744	697
Meckl.-Vorpom.	501	478	475	1.170	367	375	305	295	276	238	248	266	278	260	239	202	194	169
Niedersachsen	214	231	224	231	229	240	244	214	226	220	258	264	301	307	296	292	285	282
Nordrhein-Westf.	420	371	467	437	465	464	436	419	417	427	430	429	430	416	387	351	335	316
Rheinland-Pfalz	301	320	321	329	317	347	345	369	404	414	382	374	329	274	250	226	218	207
Saarland	295	318	279	292	267	289	522	297	280	278	336	387	391	403	390	353	326	296
Sachsen	284	296	316	258	285	272	233	230	226	323	339	327	413	373	356	246	220	218
Sachsen-Anhalt	176	177	157	155	157	145	136	118	112	133	143	142	141	142	135	127	111	110
Schleswig-Holst.	253	252	247	150	132	122	116	217	189	156	159	151	172	162	144	133	108	109
Thüringen	142	141	143	127	123	90	89	85	71	96	113	106	103	101	93	86	79	95
zusammen	300	308	495	332	343	387	407	326	315	338	343	377	393	387	378	362	349	339

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1

¹ Hinweis zur Entwicklung der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen

2008: Die Hansestadt Lübeck hat in den Jahren 2004 bis 2007 irrtümlich keine statistische Meldung zu ihren Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen abgegeben; 2008 hat die Hansestadt Lübeck einen Betrag in Höhe von 213 Mio. € gemeldet.

² Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 14.08.2019

Realsteuervergleich 2018

Bundesland	Gewogene Durchschnittshebesätze								
	Grundsteuer A			Grundsteuer B			Gewerbsteuer		
	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen
Schleswig-Holstein	327	410¹	325	393	526¹	362	380	439	364
Baden-Württemberg	360	440	358	397	502	370	367	419	352
Bayern	349	342	350	394	495	341	375	454	327
Brandenburg	314	355	313	408	521	388	319	439	302
Hessen	396	248	401	473	507	458	413	457	375
Mecklenburg-Vorpommern	322	338	322	427	520	407	380	461	359
Niedersachsen	383	341	384	431	480	423	407	418	405
Nordrhein-Westfalen	288	254	290	570	606	545	451	477	432
Rheinland-Pfalz	322	320	323	402	444	383	378	418	359
Saarland	298	-	298	439	-	439	445	-	445
Sachsen	315	324	315	498	631	430	422	454	399
Sachsen-Anhalt	330	280	331	419	497	395	363	450	341
Thüringen	299	332	297	435	527	403	408	458	389
Berlin	150	150	-	810	810	-	410	410	-
Bremen	250	250	-	687	687	-	469	469	-
Hamburg	225	225	-	540	540	-	470	470	-
Deutschland	339	307	341	472	572	421	402	451	372

¹ Bei einem Vergleich der gewogenen Durchschnittshebesätze mit dem Vorjahr (2017) ist Folgendes zu beachten: Die Angaben zu den Realsteuerhebesätzen der Grundsteuer A und B für das Jahr 2017 wurden in der Statistik nicht korrekt ausgewiesen, die Hebesätze der Grundsteuer A und B einer kreisfreien Stadt wurden vertauscht gemeldet. Eine Änderung der Statistik war nicht mehr möglich. Der gewogene durchschnittliche Hebesatz bei der Grundsteuer A ist im Jahr 2018 nicht zurückgegangen.

Quelle: Stat. Bundesamt
 Fachserie 14, Reihe 10.1
 Realsteuervergleich
 14.10.2019

Entwicklung der Umlagesätze für die allgemeine/zusätzliche Kreisumlage - 2004 bis 2020

	2004			2005			2006			2007			2008			2009			2010			2011		
	allg.	zusätzlich		allg.	zusätzlich		allg.	zusätzlich		allg.	zusätzlich		allg.	zusätzlich		allg.	zusätzlich		allg.	zusätzlich		allg.	zusätzlich	
Dithmarschen	31	31	130	35	35	110	36	36	110	36	36	110	37	37	110	37	37	110	37	37	110	37	37	110
Herzogtum Lauenburg	32	32	130	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110
Nordfriesland	32	32	110	35,5	32	110	36,5	32	110	35,5	32	110	35,5	32	110	35,5	32	110	35,5	32	110	35,575	32	110
Ostholstein	29,5	29,5	130	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	35	29,5	110	35	29,5	110	35	29,5	110
Pinneberg	34	34	140	39,75	30	113	37,75	20	113	37,75	20	113	37,75	20	113	37,75	20	113	39	20	110	39	20	110
Plön	31	31	140	33	33	130	33	33	120	33	33	120	33	33	120	33	33	120	35	35	110	35	35	110
Rendsburg-Eckernförde	28	28	130	30	30	130	32	32	110	32	32	110	31	31	110	31	31	110	31	31	110	31	31	110
Schleswig-Flensburg	30	30	110	33	30	110	33	30	110	35	30	110	35	30	110	35	30	110	35	30	110	36,32	30	110
Segeberg ¹	31	31	130	31	31	130	36	31	130	36	31	130	36	31	115	36	31	120	36	31	120	37,5	31	110
Steinburg	29	29	130	33	29	130	33	29	110	33	33	110	33	33	110	33	33	110	33	33	110	33	33	110
Stormarn	34	22	110	36,5	22	110	36,5	22	110	37,25	24	110	37,25	24	110	36,75	26	110	36,75	26	110	36,75	26	110
gewogene allg. Durchschnitts-umlagesatz	31,2			34,2			35,01			35,17			35,13			35,26			35,58			35,91		

¹ Die Haushaltssatzung 2006 des Kreises Segeberg ist hinsichtlich der Festsetzung des Schwellenwertes für die zusätzliche Kreisumlage auf 120 v. H. durch Urteil des OVG Schleswig-Holstein vom 12.12.2007 unwirksam geworden.

	2012			2013			2014			2015 ²	2016	2017	2018	2019	2020
	allg.	zusätzlich		allg.	zusätzlich		allg.	zusätzlich							
Dithmarschen	37	37	110	37	37	110	37	37	110	37,0	37,00	37,00	34,00	34,00	30,00
Herzogtum Lauenburg*	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,40	36,40	38,09	36,40	34,90	33,90
Nordfriesland	35,65	32	110	37	32	110	37	32	110	37,00	39,00	37,50	37,50	37,50	37,50
Ostholstein	35	29,5	110	35	29,5	110	36	29,5	110	36,00	36,30	36,30	36,00	35,00	33,50
Pinneberg	39	20	110	39	20	110	39	20	110	39,00	39,00	39,00	39,00	37,00	37,25
Plön	35	35	110	35	35	110	35	35	110	36,00	36,00	35,30	35,00	35,00	34,25
Rendsburg-Eckernförde	31	31	110	31	31	110	31	31	110	31,00	31,00	31,00	31,00	31,00	31,00
Schleswig-Flensburg	36,32	30	110	36,32	30	110	36,32	30	110	36,32	36,32	36,32	37,23	37,23	36,32
Segeberg	37,5	31	110	37,5	31	110	36,25	31	110	36,25	36,25	35,25	33,25	33,25	31,25
Steinburg	33	33	110	35	33	110	35	33	110	35,00	35,00	35,00	31,00	34,00	34,00
Stormarn	36,25	26	110	35,50	26	110	34,50	26	110	34,50	35,75	33,50	31,25	30,60	30,60
gewogene allg. Durchschnitts-umlagesatz	35,86			35,99			35,77			35,84	36,17	35,79	34,77	34,36	33,59

² mit dem neuen FAG zum 01.01.2015 ist das Instrument der zusätzlichen Kreisumlage entfallen

Steuersätze 2019 der kreisfreien Städte, kreisangehörigen Städte über 20.000 Ew. und Konsolidierungskommunen

	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer	Hundesteuer für den ersten Hund	Zweitwohnungs- steuer	Vergnügungs- steuer
Kreisfreie Städte						
Flensburg	600%	690%	410%	132,00 €	12,0%	20,0%
Kiel	400%	500%	450%	126,00 €	12,0%	18,0%
Lübeck	400%	500%	450%	144,00 €	12,0%	18,0%
Neumünster	390%	480%	410%	120,00 €	12,0%	16,0%
Kreisangehörige Städte mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern						
Ahrensburg	350%	350%	380%	80,00 €	X	15,0% ¹
Bad Oldesloe	390%	390%	370%	120,00 €	X	20,0%
Bad Schwartau	310%	310%	330%	84,00 €	X	16,0%
Eckernförde	370%	390%	370%	80,00 €	14,0%	14,0%
Elmshorn	380%	425%	400%	90,00 €	X	15,0%
Geesthacht	400%	425%	400%	120,00 €	X	20,0%
Heide	380%	430%	380%	120,00 €	8,0%	20,0%
Husum	360%	380%	370%	66,00 €	14,0%	14,0%
Itzehoe	380%	425%	380%	120,00 €	12,0%	17,0%
Kaltenkirchen	315%	315%	380%	60,00 €	X	12,0%
Norderstedt	300%	410%	440%	85,00 €	12,0%	15,0% ¹
Pinneberg	380%	450%	390%	120,00 €	12,0%	20,0%
Quickborn	380%	400%	390%	66,00 €	X	20,0%
Reinbek	390%	390%	390%	90,00 €	X	14,0%
Rendsburg	380%	425%	380%	100,00 €	X	18,0%
Schleswig	380%	450%	370%	110,00 €	14,0%	16,0%
Wedel	380%	425%	380%	120,00 €	12,0%	13,0%

¹ der elektronisch gezahlten Nettokasse (ansonsten der elektronisch gezahlten Bruttokasse bzw. des Einspielergebnisses)